



**Stadt-Sparkasse
Solingen**

Jahresbericht 2014

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Lagebericht 2014	3
A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Stadt-Sparkasse Solingen	3
B. Wirtschaftsbericht	4
C. Nachtragsbericht	11
D. Chancen- und Risikobericht	11
E. Prognosebericht	19
Bericht des Verwaltungsrates	22
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014	23
Jahresbilanz	24
Gewinn- und Verlustrechnung	26
Anhang zum Jahresabschluss 2014	27
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	27
Erläuterungen zur Bilanz	31
Mitarbeiter/-innen	41
Verwaltungsrat	42
Vorstand	43
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	47

LAGEBERICHT 2014

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Stadt-Sparkasse Solingen

Rechtsnatur, Träger

Die Stadt-Sparkasse Solingen ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Träger ist die Stadt Solingen; sie war bis zum 19.07.2005 verpflichtet, für die Stadt-Sparkasse Solingen (Anstaltslast) und die bei ihr eingeleigten Kundengelder (Gewährträgerhaftung) finanziell einzustehen. Dann änderten sich per Gesetz die Haftungsgrundlagen der Sparkassen und Landesbanken. Die Anstaltslast wurde durch eine normale Eigentümerbeziehung nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen ersetzt und die Gewährträgerhaftung läuft nach einer Übergangsregelung aus.

Mitgliedschaft im RSGV

Die Stadt-Sparkasse Solingen ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. angeschlossen.

Sicherungseinrichtungen

Die Sicherung der Institute erfolgt durch den Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der gegenüber jedem Sparkassenkunden einer unbegrenzten Haftungsverpflichtung unterliegt. Er besteht aus drei Elementen:

- den Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassen- und Giroverbände,
- der Sicherungsreserve der Landesbanken/Girozentralen und
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

In einem Krisenfall steht das Gesamtvolumen aller Fonds für institutssichernde Maßnahmen zur Verfügung. Die Deutsche Bundesbank betont, dass die Institutssicherung der Sparkassen und anderer Verbundgruppen ein wesentliches Element der Stabilität des deutschen Bankenmarkts ist.

Grundlagen der Geschäftstätigkeit, Geschäftsmodell

Die Stadt-Sparkasse Solingen betreibt alle banküblichen Geschäfte (insbesondere Kreditgeschäft, Kontoführung, Einlagengeschäft, Wertpapier- und Depotgeschäft, Zahlungsverkehr u. Ä.) auf der Grundlage ihrer Satzung und der Sparkassengesetzgebung für NRW. Danach versteht sich die Stadt-Sparkasse Solingen als Universalkreditinstitut für Privatkunden sowie kleinere und mittlere Unternehmen aus Solingen und Umgebung. Das Geschäftsmodell basiert dabei auf einem engen persönlichen Kontakt zu den Kunden und einer umfassenden intensiven, individuellen und persönlichen Kundenansprache.

Unternehmenszweck, öffentlicher Auftrag, Regionalprinzip

Gemäß § 2 SpkG NRW hat die Stadt-Sparkasse Solingen der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebiets und ihres Trägers zu dienen.

Entsprechend ihres öffentlichen Auftrags stärkt sie den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördert die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch in allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung. Die Stadt-Sparkasse Solingen trägt zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei. Die Kreditversorgung dient - entsprechend dem gesetzlichen Auftrag - vornehmlich der Kreditausstattung des Mittelstands sowie der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.

Die Geschäfte der Stadt-Sparkasse Solingen sind unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht der Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach den vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes ist die deutsche Wirtschaft 2014 mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 1,5 % moderat gewachsen. Unterjährig war die Entwicklung durch einen schwungvollen Jahresbeginn gekennzeichnet, dem jedoch ein schwaches Sommerhalbjahr folgte. Zum Jahresende mehrten sich die positiven Zeichen. Positive Wachstumsimpulse kamen vor allem von der Binnennachfrage und hier in gleichem Maße vom privaten Konsum und von den Bruttoanlageinvestitionen.

Der private Konsum trug in 2014 wie bereits im Vorjahr wesentlich zum Wirtschaftswachstum bei (0,6 %-Punkte). Die privaten Konsumausgaben wurden um 1,1 % gesteigert. Eine Ursache für diese Zunahme dürfte der Ölpreisverfall gewesen sein, darüber hinaus wirkten wie bereits im Vorjahr die gute Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation konsumfördernd. Das Volkseinkommen ist 2014 um 3,6 % gestiegen. Dabei nahmen die Arbeitnehmerentgelte (+ 3,7 %) und die Unternehmens- und Vermögenseinkommen (+ 3,4 %) in ähnlichem Ausmaß zu. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erhöhte sich um 2,2 %. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte einen neuen Höchststand. Im Jahresdurchschnitt waren 42,7 Millionen Menschen erwerbstätig, 0,9 % mehr als im Vorjahr.

Die staatlichen Konsumausgaben wurden 2014 um 1,0 % ausgeweitet. Sie trugen damit 0,2 %-Punkte zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei.

Es wurde 2014 wieder mehr investiert. Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen um 3,1 %. Die Ausrüstungsinvestitionen wurden um 3,7 % gesteigert. Die Zunahme stammt jedoch nur aus der Entwicklung im ersten Quartal 2014. Im Zuge der im Frühjahr einsetzenden Stimmungseintrübungen kam es in den Folgequartalen jeweils zu Rückgängen. Die Stimmung war seit dem Frühjahr u. a. durch den Ukraine-Konflikt und den Krieg in Syrien gedrückt. Die Bauinvestitionen wurden in 2014 um 3,4 % ausgeweitet. Gerade bei den Bauinvestitionen zeigten sich die Auswirkungen des außergewöhnlich milden Winters 2013/2014: Sowohl die Investitionen in Wohngebäude wie auch in andere Bauten konnten im ersten Quartal 2014 im Vergleich zum Vorquartal deutlich gesteigert werden. In beiden Bereichen kam es dann im Folgequartal 2014 zu deutlichen Rückgängen, die sich im dritten Quartal abschwächten.

Der deutsche Außenhandel gewann 2014 etwas an Dynamik. Deutschland exportierte preisbereinigt 3,7 % mehr Waren und Dienstleistungen als im Jahr 2013. Die Importe legten mit einem Plus von 3,3 % jedoch fast genauso stark zu. Der Außenbeitrag – d. h. der Saldo aus Exporten und Importen – leistet daher mit +0,4 %-Punkten einen vergleichsweise geringen Beitrag zum BIP-Wachstum in 2014.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich 2014 weiter verlangsamt. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt um 0,9 % und entfernten sich damit weiter von der von der EZB angestrebten Stabilitätsmarke von unter, aber nahe 2 %. Ursächlich für den nur schwachen Preisanstieg waren in erster Linie die deutlich gesunkenen Energiepreise.

Der Dax hat ein turbulentes Börsenjahr mit einem mageren Gewinn abgeschlossen. Der deutsche Leitindex legte nach einer Berg- und Talfahrt letztlich um 2,6 % zu – verglichen mit dem 25-prozentigen Anstieg im Vorjahr. Themen wie der Ukraine-Konflikt, das Erstarken des Islamischen Staates, der anhaltende Ölpreisverfall, der Rubel-Sturzflug, eine immer mal wieder aufflammende europäische Schuldenkrise, überwiegend schwache Konjunkturdaten aus dem Euroraum oder das Auslaufen des Anleihen-Kaufprogramms vonseiten der Federal Reserve sorgten regelmäßig für Unsicherheit am Markt. Andererseits verbreiteten billiges Geld der Notenbanken aus Industrienationen, eine wider Erwarten nicht ganz so stark abkühlende chinesische Wirtschaft und eine zündende US-Konjunktur streckenweise Optimismus.

Die bergische Wirtschaft zeigt sich zum Jahresende 2014 in einer soliden Verfassung. Fast ein Drittel der Unternehmen hält ihre konjunkturelle Lage für gut, nur 13 % sind unzufrieden. Im Vergleich der drei bergischen Großstädte Solingen, Remscheid und Wuppertal, bewerten die Solinger Unternehmer ihre aktuelle Geschäftslage besonders gut. Die für die Wirtschaftsregion bedeutungsvolle bergische Industrie entwickelte sich positiv. Eine gewisse Entspannung bei den Energie- und Rohstoffpreisen sowie die Abschwächung des Eurowechsellurses dürften zur Lageverbesserung beigetragen haben. Beim Einzelhandel bleiben die Geschäftserwartungen getrübt. Ein gutes Drittel der Betriebe beurteilt ihre aktuelle Lage als schlecht, ein Fünftel als gut. Analog zu dieser Einschätzung setzte sich der Abwärtstrend bei den Umsätzen und Erträgen fort. Ganz anders fällt die Beurteilung der unternehmensnahen Dienstleister aus. Die aktuelle Geschäftslage wird hier sehr gut bewertet. Hier spiegelt sich die gute Umsatz- und Ertragsentwicklung wider. Eine positive Lage vermeldet auch der Großhandel.

Aufgrund der insgesamt positiven wirtschaftlichen Entwicklung in der Region ist die Arbeitslosenquote in Solingen im November 2014 gegenüber dem Vorjahresmonat um 6 % auf 8,9 % gefallen.

1.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Niedrige Zinsen kennzeichnen die Lage auf den internationalen Finanzmärkten im Jahr 2014. Sie gehen mit einer reichlichen Liquiditätsversorgung durch die Zentralbanken einher. Insbesondere in Europa ist die expansive Geldpolitik eine Reaktion auf die niedrige Inflation in einem insgesamt schwachen wirtschaftlichen Umfeld.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihr seit längerem angekündigtes Programm zum Ankauf von Anleihen im Euroraum beschlossen. Der EZB-Beschluss sieht vor, dass die Notenbank beginnend ab März 2015 bis mindestens September 2016 monatlich Anleihen privater und öffentlicher Schuldner ankauft. Insgesamt ergibt sich ein Ankaufvolumen von 1,1 Billionen Euro. Dies entspricht mehr als 10 % der Wirtschaftsleistung des Euro-Gebiets. Das Ankaufprogramm zielt darauf, im europäischen Finanzsektor Spielräume für eine Ausweitung der Kreditvergabe an Unternehmen und Verbraucher zu schaffen und so zu einem höheren Wirtschaftswachstum und einem stärkeren Preisauftrieb beizutragen. Dieser theoretische Wirkungszusammenhang soll sich auch über den Wechselkursmechanismus vollziehen. Der Prozess der Euro-Abwertung in den vergangenen Monaten – zuletzt befördert durch das von der Schweizerischen Notenbank aufgegebenes Ziel einer Untergrenze für die Euro/Franken-Relation – dürfte sich weiter fortsetzen. Dies begünstigt die Wettbewerbslage im Export, verteuert gleichzeitig aber die Importe.

Die Sparquote (Anteil des Sparens am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte) lag in Deutschland mit 9,2 % nur knapp über dem Wert für 2013 (9,1 %). Angesichts historisch niedriger Zinsen kann diese Entwicklung nicht überraschen. Im aktuellen Niedrigzins-Umfeld schwinden die Sparanreize für die privaten Haushalte, gleichzeitig steigt deren Konsumneigung. Dies hat zunehmend negative Auswirkungen auf die Erreichbarkeit mittel- und langfristiger Sparziele, insbesondere im Bereich der privaten Altersvorsorge.

Problematisch sieht die Bundesbank die Ertragsschwäche der deutschen Kreditwirtschaft. Bei einer andauernden Niedrigzinsphase werde der Zinsüberschuss weiter zurückgehen – mit entsprechenden Auswirkungen auf die Erträge. Insbesondere die Sparkassen und Genossenschaftsbanken würden durch die Abflachung der Zinsstrukturkurve negativ betroffen, da sie größere Ertragsanteile als andere Bankengruppen aus der Fristentransformation erzielen.

Die rheinischen Sparkassen verzeichneten im Jahr 2014 eine zufriedenstellende Geschäftsentwicklung. Bei insgesamt kaum verändertem Kundenkreditvolumen gab es Zuwächse bei den Kundeneinlagen. Das Kundenkreditvolumen ging geringfügig um 0,1 % zurück. Die Unternehmen sind trotz günstiger Finanzierungsbedingungen weiterhin sehr zurückhaltend in ihrer Kreditnachfrage. Im Kreditgeschäft mit Privatkunden gab es im Jahr 2014 demgegenüber erneut Zuwächse. Der Kreditbestand erhöhte sich um 0,8 %. Während bei Konsumentenkrediten ein Bestandsrückgang von 3,7 % zu verzeichnen war, blieb das Geschäft mit privaten Wohnungsbaukrediten weiter expansiv. Hier kam es mit einem Plus von 1,7 % zu einem ebenso starken Bestandswachstum wie 2013. Bei deutlich gestiegenen Realeinkommen und sehr geringer Sparneigung werden Konsumausgaben offenbar verstärkt aus laufenden Einkommen und damit zu Lasten des Konsumentenkreditgeschäfts finanziert. Die anhaltend hohe Immobiliennachfrage in Verbindung mit dem historisch niedrigen Zinsniveau befeuert gleichzeitig das Realkreditgeschäft der Sparkassen. Vor dem Hintergrund des historisch niedrigen Zinsniveaus haben sich die Kundeneinlagen der rheinischen Sparkassen insgesamt robust entwickelt. Im Jahr 2014 kam es zu einem weiteren deutlichen Einlagenwachstum. Der seit einigen Jahren zu beobachtende Umschichtungsprozess zwischen verschiedenen Einlageformen setzte sich weiter fort. Der Gesamtbestand der Kundeneinlagen erhöhte sich gegenüber dem Jahresende 2013 um 1,9 %. Das Einlagenwachstum stützte sich dabei allein auf Zuwächse bei täglich fälligen Geldern. Bei den übrigen Einlagearten kam es demgegenüber zu teils deutlichen Mittelabflüssen. Das Kunden-Wertpapiergeschäft der rheinischen Sparkassen hat sich im Jahr 2014 wieder abgeschwächt. Der Wertpapierumsatz erreicht den zweitniedrigsten Wert seit 1998. Im Jahr 2014 haben die inländischen Privatpersonen bei den rheinischen Sparkassen mehr Geldvermögen gebildet als in den drei Vorjahren zusammen. Mittelabflüssen bei bilanzneutralen Anlagen von 0,14 Mrd. Euro standen Zuwächse in bilanzwirksamen Anlageformen in Höhe von 2,12 Mrd. Euro gegenüber.

Die im April 2013 im Rahmen des Basel III-Pakets vom Europäischen Parlament verabschiedete Capital Requirements Regulation (CRR) und Capital Requirements Directive IV (CRD IV) sind 2014 in die Umsetzungsphase gestartet. Die Anwendung der Regelungen bedeutet für die Branche der Kreditinstitute - und somit auch die Sparkassen - erheblichen Umsetzungsaufwand. Neben neuen Liquiditätsanforderungen stehen insbesondere die Eigenkapitalanforderungen im Mittelpunkt der neuen aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Auch zukünftig ist mit weiterem Aufwand zu rechnen, da die Neuregelungen fortlaufenden Anpassungen und Erweiterungen unterliegen.

2. Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung der Stadt-Sparkasse Solingen zeigte im Jahr 2014 einen durchaus zufriedenstellenden Verlauf.

Bilanzwirksames Geschäft

Bilanzsumme

Das bilanzwirksame Geschäft konnte 2014 erneut leicht ausgeweitet werden. Die Bilanzsumme nahm um 40,9 Mio. Euro zu. Wie es sich aus dem öffentlichen Auftrag der Sparkassen ergibt, dominiert das Kundengeschäft sowohl die Aktivseite der Bilanz (72,4 %) als auch die Passivseite (78,7 %).

Kreditgeschäft

Das Kreditgeschäft der Stadt-Sparkasse Solingen hat 2014 erneut von der andauernden Niedrigzinsphase profitiert. Die Sparkasse konnte die Kreditvergabe an Kunden – wie prognostiziert – moderat ausweiten. Das Kreditvolumen nahm gegenüber 2013 um ca. 3,5 % zu. Diese Entwicklung liegt zum einen in der verstärkten Nachfrage nach mittel- und langfristigen Krediten von Privatpersonen und Unternehmen und zum anderen in der Zunahme der kurzfristigen Forderungen gegenüber den öffentlichen Haushalten begründet. Entgegen dem überregionalen Trend haben die Solinger Unternehmer die günstigen Finanzierungsbedingungen für Investitionen genutzt. Die Kreditvergabe an Unternehmen und Selbstständige konnte – wie erwartet – um ca. 11 Mio. Euro (1,6 %) leicht ausgeweitet werden. Dabei waren Immobilienfinanzierungen der stärkste Wachstumstreiber. Die Kreditvergabe für Investitionen in Mobilien stagnierte hingegen. Einerseits fehlte es an positiven Zukunftsaussichten, andererseits wurde verstärkt aus Eigenmitteln finanziert.

Das Kreditgeschäft mit Privatkunden konnte ebenfalls moderat um 2,5 % oder ca. 18 Mio. Euro gesteigert werden. Entgegen den Erwartungen und auch dem überregionalen Trend entgegen laufend, konnte auch das Konsumentkreditgeschäft leicht ausgeweitet werden (+0,7 %). Getragen wurde das Kreditwachstum bei den Privatkunden jedoch erneut insbesondere durch das Wohnungsbaugeschäft (+2,8 %). Das Wachstum in diesem Bereich bewegte sich leicht über dem Niveau von 2013 (+2,5 %). Bei anhaltenden Niedrigzinsen waren nur moderate Preissteigerungen im Solinger Immobilienmarkt zu verzeichnen. Zudem hat sich die Stadt-Sparkasse Solingen im Baufinanzierungsgeschäft noch stärker den Marktanforderungen angepasst.

Anders als erwartet gab es auch bei den Krediten an öffentliche Haushalte 2014 erneut einen merklichen Zuwachs. Mit 18 % fällt dieser zwar deutlich geringer aus als 2013 (86,7 %), mit einer Steigerung um fast 24 Mio. Euro bilden die Kredite an die öffentlichen Haushalte jedoch erneut den größten Posten bei der Ausweitung des gesamten Kreditgeschäfts.

Eigenanlagen

Während die Anlagen in Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sich in etwa auf dem Niveau von 2013 bewegen (+0,3 %), war bei den Anlagen in Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ein leichter Anstieg von 3,6 % oder 5,9 Mio. Euro zu verzeichnen. Dieser Anstieg beruht auf einer Ausweitung der strukturierten Anlage in Fonds.

Wertpapiere von Emittenten wirtschaftsschwacher Euro-Staaten hielt die Stadt-Sparkasse Solingen ausschließlich über Spezialfonds in Höhe von rund 27 Mio. Euro.

Einen Überblick bietet die folgende Tabelle:

	Staatsanleihen	Anleihen von Kreditinstituten/ Unternehmen		davon: gesichert	Aktien	Summe
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Anzahl Schuldner	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
Griechenland	0,0	0,0	0	0,0	0,0	0,0
Irland	0,0	0,0	0	0,0	0,0	0,0
Italien	1.902,6	8.335,4	15	4.083,0	2.285,1	12.523,1
Portugal	0,0	599,9	3	0,0	0,0	599,9
Zypern	0,0	0,0	0	0,0	0,0	0,0
Spanien	2.137,7	8.407,2	16	4.798,6	3.718,2	14.263,1
Insgesamt	4.040,3	17.342,5	34	8.881,6	6.003,3	27.386,1

Aufgrund des geringen Volumens und der breiten Streuung des Engagements sind hier keine erhöhten Risiken zu erkennen.

Einlagengeschäft

Trotz des weiterhin schwierigen Marktumfelds konnten die Kundeneinlagen entgegen den Erwartungen erneut deutlich um 4,0 % (65,8 Mio. Euro) ausgeweitet werden. Getragen wird diese Steigerung insbesondere durch eine weitere Zunahme bei den täglich fälligen Einlagen (+84,6 Mio. Euro). Jedoch haben sich auch die Spareinlagen (+4,8 Mio. Euro) leicht positiv entwickelt. Termingelder haben insgesamt nur noch eine geringfügige Bedeutung. Alles in allem besteht also vor dem Hintergrund des historisch niedrigen Zinsniveaus bei der Stadt-Sparkasse Solingen wie auch bei anderen Instituten weiterhin ein Trend zur Anlage in kurzfristig verfügbaren Anlageformen. Insbesondere Privatpersonen „parken“ ihre Gelder in Sichteinlagen. Die leichte Zunahme bei den Spareinlagen ist insbesondere darauf zurück zu führen, dass Fälligkeiten aus längerfristigen Anlagen vorerst auf Spareinlagen mit 3-monatiger Kündigungsfrist belassen werden. Durch Fälligkeiten im Jahresverlauf ist der Bestand an Eigenemissionen in 2014 erneut zurückgegangen. Insgesamt sind die geschilderten Entwicklungen bei den Kundeneinlagen besonders auf das weiterhin historisch niedrige Zinsniveau zurückzuführen, welches eine Anlage in festverzinslichen Produkten mit festgelegter Laufzeit für die Kunden nicht attraktiv erscheinen lässt.

Vorsorge

Aufgrund der insgesamt guten Ertragslage, die unter Punkt B.3.1 erläutert wird, konnte die Stadt-Sparkasse Solingen erneut Vorsorge für die besonderen Risiken im Bankgewerbe treffen.

	2014 Tsd. Euro	2013 Tsd. Euro	Veränderung in Tsd. Euro	Veränderung in %
Bilanzsumme	2.151.634	2.110.701	40.933	1,9
Kreditgeschäft (insgesamt)	1.559.215	1.505.771	53.444	3,6
Eigenanlagen				
- Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	303.400	302.213	1.187	0,4
- Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾	171.512	165.613	5.899	3,6
Einlagen von Kunden	1.692.919	1.627.136	65.783	4,0
- Spareinlagen	605.715	600.867	4.848	0,8
- Andere Verbindlichkeiten	1.087.204	1.026.269	60.935	5,9
Inhaberschuldverschreibungen	9.381	14.010	-4.629	-33,0
Sicherheitsrücklage (einschl. Bilanzge- winn)	143.597	141.168	2.429	1,72
Fonds f. allgemeine Bankrisiken (nach § 340g HGB) ²⁾	62.791	46.491	16.300	
¹⁾ einschl. Handelsbestand				
²⁾ davon Ansparung für Erste Abwicklungsanstalt (EAA): insgesamt 7.300 Tsd. Euro (Vorjahr 6.100 Tsd. Euro)				

Nicht bilanzwirksames Kundengeschäft

Der positive Trend im Wertpapiergeschäft konnte sich insgesamt nicht durchsetzen, die Entwicklung ist weiterhin von der Verunsicherung der Anleger geprägt. Der Wertpapierumsatz mit Kunden war um 8,9 % rückläufig. Erheblichen Steigerungen bei den Umsätzen mit Investmentfonds (+38,3 %) standen deutliche Rückgänge der Umsätze mit Aktien (-13,5 %) und festverzinslichen Wertpapieren (-22 %) gegenüber.

Erwartungsgemäß haben sich sowohl Versicherungs- als auch Bauspargeschäft 2014 erneut positiv entwickelt. Im Bauspargeschäft wurde das sehr gute Vorjahresergebnis noch einmal um gut 6 % auf 47,2 Mio. Euro Bausparsumme gesteigert. Der Absatz von Lebensversicherungen stieg sogar um 67 %.

Nicht bilanzwirksames Eigengeschäft

Die Stadt-Sparkasse Solingen hat im Rahmen der Steuerung bzw. Sicherung von Zinsänderungsrisiken Deckungsgeschäfte in Form von Swappgeschäften abgeschlossen. Dabei wurde das Volumen in 2014 leicht erhöht. Details zu Art und Umfang der Geschäfte können dem Anhang entnommen werden, Details zur Risikosteuerung dem Teil D des Lageberichts.

3. Darstellung und Analyse der Lage

3.1 Ertragslage

Die Ertragslage der Stadt-Sparkasse Solingen war in 2014 insgesamt gut. Dies findet Ausdruck darin, dass der Jahresüberschuss gegenüber dem Vorjahr um 0,6 % gesteigert werden konnte.

Das Zinsgeschäft stellt – gemessen am Anteil der Gesamterträge bestehend aus den GuV-Positionen 1 bis 9 – mit 72,7 % die wichtigste Ertragsquelle der Stadt-Sparkasse Solingen dar. Das Zinsergebnis hat sich gegenüber 2013 erwartungsgemäß um 1,1 Mio. Euro (2 %) leicht verbessert. Diese Entwicklung ist insbesondere darauf zurück zu führen, dass das Kreditgeschäft ausgeweitet werden konnte, bei gleichzeitigem Rückgang des Zinsaufwands für Sparprodukte. Vor dem Hintergrund des fortdauernden Niedrigzinsniveaus sowie dem intensiven Wettbewerb um die Kundeneinlagen stellt dies eine noch zufriedenstellende Entwicklung dar.

Das Provisionsergebnis hat einen Anteil an den Gesamterträgen von 20,6 % und bildet damit die zweite große Ertragsquelle der Stadt-Sparkasse Solingen. Das Provisionsergebnis konnte gegenüber 2013 deutlich um 7,9 % (1,2 Mio. Euro) gesteigert werden. Neben der Preiserhöhung für Privatgirokonten liegt dies darin begründet, dass im Vermittlungsgeschäft im Vergleich zu den Vorjahren überdurchschnittliche Erfolge erzielt werden konnten (Details dazu unter Punkt B.2) und auch das Fondsgeschäft 2014 recht lebhaft war. Darin spiegelt sich der Erfolg des bedarfsorientierten Beratungsprozesses unter Nutzung des Sparkassen-Finanzkonzepts wieder.

Die im Jahresverlauf gehaltenen Handelsbestände wurden vor Jahresende verkauft. Damit konnte der im Vorjahr gebildete Risikoabschlag aufgelöst werden. Das Nettoergebnis aus Handelsgeschäften hat sich so gegenüber dem Jahr 2013 um 0,3 Mio. Euro auf 0,6 Mio. Euro verbessert.

Die Gesamterträge konnten 2014 um ca. 2 Mio. Euro oder 2,6 % gegenüber 2013 gesteigert werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge setzen sich zum Großteil aus nicht beeinflussbaren, jährlich schwankenden Aufwendungen und Erträgen zusammen. Beide Positionen waren in 2014 rückläufig. Als Einzelposition von besonderem Gewicht ist die Erstattung von Bearbeitungsgebühren im Darlehensbereich einschließlich Rückstellung für noch nicht abgewickelte Fälle in Höhe von ca. 717 Tsd. Euro zu nennen. Darüber hinaus gab es im Berichtsjahr 2014 keine nennenswerten Einzelposten.

Anders als prognostiziert hat sich der Verwaltungsaufwand in 2014 von 47,7 Mio. Euro auf 46,1 Mio. Euro verringert (-3,2 %). Zwar sind die Personalkosten insbesondere durch die Tarifabschlüsse gestiegen, gleichzeitig sind die Sachkosten im abgelaufenen Berichtsjahr jedoch deutlich niedriger ausgefallen als erwartet. Dies ist insbesondere darauf zurück zu führen, dass geplante Gebäudeinstandhaltungsmaßnahmen bis auf Weiteres zurück gestellt wurden.

Aufgrund der zuvor beschriebenen Entwicklungen ist der betriebliche Aufwand (GuV-Positionen 10-12) um ca. 2 Mio. Euro gesunken. In Verbindung mit den gestiegenen Gesamterträgen konnte das Betriebsergebnis vor Bewertung somit 2014 um 3,9 Mio. Euro oder 17,9 % gesteigert werden. Gemäß den beschriebenen Entwicklungen hat sich auch die Relation vom Aufwand zum Ertrag verbessert. Sie betrug 2014 64,8 %, gegenüber 69,1 % in 2013.

Wie im Vorjahr wurde zur Bewertung der Wertpapiere und Finanzinstrumente des Handelsbestands untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Bei inaktiven Märkten war die Ermittlung von indikativen Kursen notwendig, was – trotz sachgerechter Ermessensausübung – im Vergleich mit aktiven Märkten mit deutlich höheren Schätzungsunsicherheiten verbunden ist. Detaillierte Hinweise zu den Bewertungen sind dem Anhang zu entnehmen.

Das Bewertungsergebnis der Stadt-Sparkasse Solingen hat sich 2014 gegenüber dem vorherigen Berichtsjahr nochmals um ca. 1,5 Mio. Euro verbessert. Dies liegt insbesondere in der positiven Entwicklung des Wertpapierbestandes begründet. Es ergaben sich erneut deutliche Zuschreibungen, die sich positiv auf das Jahresergebnis der Sparkasse auswirken.

Insgesamt war es möglich, für das Geschäftsjahr 2014 eine zusätzliche Risikovorsorge in Höhe von 16,3 Mio. Euro durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zu treffen (davon Ansparung für Erste Abwicklungsanstalt (EAA) 1,2 Mio. Euro).

		2014	2013	Veränderung	
	GuV-Pos.	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	%
Zinsergebnis	1,2,3,4	56.528	55.417	1.111	2,0
Provisionsergebnis	5,6	16.006	14.837	1.169	7,9
Nettoergebnis aus Handelsgeschäften	7	600	331	269	
Sonstige betriebliche Erträge	8,9	4.599	5.196	-597	-11,5
Gesamterträge		77.733	75.781	1.952	2,6
Verwaltungsaufwand	10	46.140	47.679	-1.539	-3,2
Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	11	1.727	1.673	54	3,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12	3.832	4.342	-510	-11,7
Betriebsergebnis vor Bewertung		26.034	22.087	3.947	17,9
Bewertungsergebnis (saldiert, Ertrag)	13 – 16	3.689	2.239	1.450	
Bewertungsergebnis (saldiert, Aufwand)	13 – 16	0	0	0	
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	18	16.300	12.000	4.300	
Steuern	23,24	9.394	8.321	1.073	12,9
Jahresüberschuss		4.029	4.005	24	0,6

	2014	2013
Kennziffer Aufwands/Ertragsrelation*	64,8	69,1
(Wert bereinigt um Sondereffekt im Rahmen der Steuerung von zinstragenden Positionen)	(62,8)	(66,4)

* Verwaltungsaufwand und AfA auf immat. Anlagewerte u. Sachanlagen in % zu (Zinsergebnis + Provisionsergebnis + Nettoergebnis aus Handelsgeschäften + sonst. betriebliche Erträge - sonstige betriebliche Aufwendungen)

3.2 Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Stadt-Sparkasse Solingen war im Jahr 2014 jederzeit gegeben. Liquiditätskredite bei Kreditinstituten wurden nur im Rahmen der täglichen Disposition bzw. im Liquiditätsmanagement unter Beachtung von kurzfristigen Wertpapierfälligkeiten in Anspruch genommen. Gemäß der Liquiditätsverordnung (LiqV) wird die Liquidität als ausreichend bewertet, wenn die in einem Monat zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraums zu erwartenden Zahlungsabflüsse decken. Die so errechnete Liquiditätskennzahl muss mindestens 1,0 betragen. Diese Relation betrug zum Ende des Vorjahres 2,67. Die Mindestkennzahl wurde weder im Laufe des Jahres 2014 noch zum Bilanzstichtag (2,50) unterschritten. Damit überschreitet die Stadt-Sparkasse Solingen die geforderte Liquiditätskennzahl weiterhin um mehr als 100 %.

3.3 Vermögenslage

Per 31.12.2014 betrug die Sicherheitsrücklage der Stadt-Sparkasse Solingen 139,6 Mio. Euro. Zudem wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken per 31.12.2014 um 16,3 Mio. Euro auf 62,8 Mio. Euro aufgestockt. Vom Jahresüberschuss in Höhe von 4,0 Mio. Euro werden voraussichtlich 2,4 Mio. Euro der Sicherheitsrücklage nach den entsprechenden Beschlüssen zugeführt.

Am 01.01.2014 sind die Eigenmittelanforderungen der CRR/CRD IV (Capital Requirements Regulation/ Capital Requirements Directive IV) in Kraft getreten. Danach bilden die Gewinnrücklage sowie der Fonds für allgemeine Bankrisiken – unter Beachtung einiger Abzugspositionen – das harte Kernkapital. In Relation zu den Eigenmittelanforderungen gemäß CRR ergab sich per 31.12.2014 eine harte Kernkapitalquote von 14,6 %.

Zusammen mit dem Ergänzungskapital, das sich hauptsächlich aus nachrangigen Verbindlichkeiten und stillen Reserven bildet, errechnete sich zum 31.12.2014 eine Gesamtkapitalquote von 21,1 %. Im gesamten Geschäftsjahr lag diese in einer Bandbreite von 18,2 % bis 21,1 %; die Eigenkapitalanforderungen wurden

zu jeder Zeit eingehalten. Die Stadt-Sparkasse Solingen überschreitet deutlich den in der CRR vorgeschriebenen Mindestwert von 8 %, wobei der Anteil des Kernkapitals mindestens 5,5 % betragen muss.

Die Bewertung der Aktiva und Passiva entspricht den gesetzlichen Bestimmungen. Alle Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Die Wertpapiere wurden, wie in den Vorjahren, nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Es erfolgten keine Umwidmungen von Wertpapieren des Umlaufvermögens in das Anlagevermögen. Bei der Bemessung der Wertberichtigungen und Rückstellungen ist allen erkennbaren Risiken in ausreichendem Maße Rechnung getragen worden.

Insgesamt stellt sich die Lage der Stadt-Sparkasse Solingen zum Zeitpunkt der Berichtserstellung unverändert gut dar.

4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Förderung gemeinnütziger/karitativer Einrichtungen und Projekte

Als Institute der Bürgerinnen und Bürger gestalten die Sparkassen das wirtschaftliche Leben aktiv mit und leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und sozialen Balance in Deutschland. Mit ihrem gesellschaftlichen Engagement tragen die Sparkassen dazu bei, die Lebensqualität in den Regionen zu steigern.

Verlässlich und beständig engagiert sich die Stadt-Sparkasse Solingen Jahr für Jahr für Sport und Kultur, für die Wirtschaft der Region und für soziale Projekte, denn ohne aktive Vereine, eine reichhaltige Kultur und eine gesunde Wirtschaftsstruktur geht der Zusammenhalt verloren. "Sparkasse. Gut für Solingen." lautet daher das Motto.

In 2014 wurden insgesamt rund 702 Tsd. Euro (einschl. PS-Zweckertrag) für gemeinnützige Zwecke gespendet und weitere 1.600 Tsd. Euro (abzgl. Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag) zur Erfüllung gemeinwohlorientierter Aufgaben zur Verfügung gestellt.

Erweiterung des Kundenservice durch neues Telefon-Servicecenter

Seit dem 12. November 2014 ist das neue Telefon-Servicecenter der Sparkasse unter der zentralen Rufnummer 286-0 erreichbar. Alle 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind seit vielen Jahren bei der Sparkasse beschäftigt und kennen Solingen und die Bürger dieser Stadt.

Der Service steht den Kunden an 58 Stunden pro Woche und damit auch außerhalb der üblichen Öffnungszeiten zur Verfügung. Das Angebot umfasst neben Informationen auch rund 50 Dienstleistungen. Bei Bedarf kann das Telefon-Servicecenter auch Termine für sämtliche Berater auf den Geschäftsstellen vereinbaren.

Die Einrichtung des Telefon-Servicecenters wurde positiv angenommen.

C. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt-Sparkasse Solingen sind nach dem Schluss des Geschäftsjahrs 2014 nicht eingetreten.

D. Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement und Risikocontrolling

Risikomanagementziele

Wichtigstes Ziel des Risikomanagements ist es, sicherzustellen, dass alle für unser Haus wesentlichen Risiken durch die vorhandene Risikodeckungsmasse laufend abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit zu jeder Zeit gewährleistet ist. Unter Beachtung der gesetzlichen, satzungsmäßigen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen sollen dabei nur überschaubare Risiken eingegangen werden, ohne die sich bietenden Marktchancen auszulassen. Die Ziele für die einzelnen Risikoarten leiten sich dabei aus der festgelegten Geschäfts- und Risikostrategie ab. Zur Zielerreichung setzt die Stadt-Sparkasse Solingen auf eine breite Diversifizierung der Anlagen und geschäftlichen Aktivitäten, die wiederum eine Steuerung und Risikomesung unterschiedlicher Kategorien erforderlich macht.

Risikomanagementsystem

Die Risikosteuerung der Stadt-Sparkasse Solingen wird von der Abteilung Controlling unter Mitwirkung anderer Abteilungen wahrgenommen. Diese sind verantwortlich für die Erfassung der Risiken und die Einhaltung von Limiten. Es werden im Sparkassenverbund entwickelte Modelle eingesetzt. Die gesamte Risikosteuerung und -überwachung erfolgt in Organisationseinheiten, die nicht im Markt tätig sind, bzw. durch den Vorstand. Darüber hinaus sind Risikoidentifikation, -messung und -steuerung Prüffelder der Internen Revision.

Die vom Vorstand festgelegte Risikodeckungsmasse wird in Form von Risikolimiten auf einzelne Risikoarten budgetiert. Die ermittelten Risikowerte werden dem Risikolimit gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe der Risikodeckungsmasse begrenzt. Sie wird, ebenso wie das Risikodeckungspotential, laufend überprüft. Zur Steuerung der Risiken ist ein Reportingsystem installiert, auf dessen Basis der Vorstand regelmäßig unterrichtet wird. Ergänzt wird das regelmäßige Reporting durch eine Ad-hoc-Berichterstattung bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung. Auf Basis der Berichte sind fundierte Steuerungsmaßnahmen durch den Vorstand möglich. Der Vorstand erörtert vierteljährlich die Risikolage im Risikoausschuss.

Für die Messung von Adressenausfallrisiken, Liquiditätsrisiken, Marktpreisrisiken und operationellen Risiken kommen verschiedene Methoden wie Expertenschätzung, Durchschnitts- und Höchstbetragsberechnungen zum Einsatz. Die einzelnen Risikofaktoren werden hinsichtlich ihrer möglichen Auswirkungen auf die Vermögenslage sowie die Gewinn- und Verlustrechnung beurteilt.

Einige Risiken werden zusätzlich mit einem "Value-at-Risk-Ansatz" gemessen. Damit wird ein Betrag für mögliche Verluste angegeben, der innerhalb eines bestimmten Zeithorizonts mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird. Weiterhin erfolgen Sensitivitätsanalysen, bei denen besonders starke Veränderungen unterstellt werden. Unabhängig davon werden mit separaten Stresstest-Berechnungen auch außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse abgebildet.

Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden auch derivative Finanzinstrumente eingesetzt (siehe Abschnitt „Zinsänderungsrisiken“). Einzelheiten zu den Geschäften sind im Anhang zum Jahresabschluss unter "Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten" aufgeführt.

Die eingerichteten Risikomanagementsysteme sind dem Profil und der Strategie der Stadt-Sparkasse Solingen angemessen.

Die Prozesse zur Risikosteuerung werden regelmäßig und anlassbezogen überprüft und gegebenenfalls angepasst, z.B. wenn sich Vorteile bei der Effizienz und/oder Effektivität ergäben.

Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiko versteht die Stadt-Sparkasse Solingen das Risiko, dass eine natürliche oder juristische Person, gegenüber welcher die Sparkasse einen bedingten oder unbedingten Anspruch hat, nicht oder nicht fristgerecht leistet (z.B. Ausfall von Krediten). Ebenso beinhaltet es das Risiko, dass die Sparkasse gegenüber einem Dritten aufgrund des Ausfalls einer Person in Leistung treten muss (z.B. Avale oder Bürgschaften), sowie das finanzielle Risiko der Sparkasse in Bezug auf Beteiligungen und auch die Emittentenrisiken aus Eigenanlagen.

Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Als Basis für die Steuerung von Kreditrisiken nutzt die Stadt-Sparkasse Solingen seit dem Jahr 2002 das einheitliche Rating der Sparkassen-Finanzgruppe.

Firmenkunden werden grundsätzlich mit dem StandardRating oder dem KundenKompaktRating bewertet. Für Bauträger, Wohnungsbaugesellschaften und Investoren findet das ImmobiliengeschäftsRating Anwendung. Bei Privatkunden wird das KundenScoring eingesetzt. Darüber hinaus werden die Ergebnisse aus externen Ratings und die Eingruppierung öffentlicher Stellen herangezogen. Die Rating-/Scoring-Einstufung ist weitgehend auch Grundlage für die Ermittlung risikoadjustierter Kreditkonditionen, Kreditentscheidungskompetenzen, die Begrenzung von Blankokrediten einzelner Engagements bei Neugeschäftsentscheidungen, das Verfahren zur Risikofrüherkennung einschließlich WatchList.

Die folgenden Übersichten verdeutlichen die wesentlichen Strukturmerkmale der adressenrisikobehafteten Positionen (insbesondere Kreditgeschäft und Eigenanlagen):

1. Zusammensetzung des Kreditportfolios			
Zuordnung nach Einzelkreditnehmern		Kreditvolumen 31.12.2014	
		in Mio. Euro	in %
Kredite an Privatpersonen		964	36,3
da- von	KK-Kredite	119	4,5
	Kreditkarten	64	2,4
	Konsumentenkredite	23	0,9
	Wohnungsbaukredite	672	25,3
	sonstige Kredite	85	3,2
	kommunalverbürgte Kredite	1	0,0
Kredite an Unternehmen / Selbständige		944	35,5
da- von	KK-Kredite	130	4,9
	Kreditkarten	15	0,6
	Wohnungsbaukredite	388	14,6
	Wechsel, Avale	34	1,3
	sonstige Kredite und sonstige Kreditnehmer	331	12,4
	kommunalverbürgte Kredite	46	1,7
Risikotragendes Kundenkreditvolumen		1.908	71,8
Kredite an öffentliche Haushalte		194	7,3
Forderungen an Banken und sonstige Nichtbanken		555	20,9
da- von	Kredite an KI	10	0,4
	Wertpapiere	467	17,6
	Schuldscheinforderungen	32	1,2
	Anteilsbesitz / Beteiligungen	46	1,7
Kreditvolumen nach § 19 Abs. 1 KWG		2.657	100,0

Datenbasis: Gesamtrisikobericht 31.12.2014

2. Darstellung der Branchenstruktur		
Zuordnung nach Einzelkreditnehmern	31.12.2014	
	Gesamt- volumen (inkl. offener Zu- sagen) in Mio. Euro	Anteil am Gesamt- volumen in %
Privatkunden	964	45,9
Summe Kredite an Unternehmen	944	44,9
Land- und Forstwirtschaft	3	0,1
Energie- und Wasserversorgung	31	1,5
verarbeitendes Gewerbe	181	8,6
Baugewerbe	78	3,7
Kraftfahrzeughandel	17	0,8
Großhandel	32	1,5
Einzelhandel	41	2,0
Verkehr, Nachrichten	18	0,9
Kredit- und Versicherungsgewerbe	19	0,9
Gastgewerbe	14	0,7
Grundstücks- u. Wohnungswesen	207	9,8
Dienstl. für Unternehmen	59	2,8
Beratung, Planung, Sicherheit	107	5,1
öffentliche und private Dienstleistungen	28	1,3
Gesundheit und Soziales	98	4,7
Organisationen ohne Erwerbszwecke	10	0,5
Bauträger	1	0,0
öffentliche Haushalte	194	9,2
Gesamt	2.102	100,0

Datenbasis: Gesamtrisikobericht 31.12.2014

3. Darstellung des Kreditbestands nach Ratingklassen ohne Wertpapiere und Beteiligungen			
Zuordnung nach Einzelkreditnehmern		31.12.2014	
		Gesamtvolumen (inkl. offener Zusagen) in Mio. Euro	Anteil am Gesamtvolu- men in %
erste Adresse	1AAAA	194	9,2
	1AAA	10	0,5
	1AA	417	19,8
	1A	373	17,7
	2	110	5,3
	3	127	6,0
	Gesamt	1.231	58,5
gute Bonität	4	141	6,7
	5	135	6,4
	Gesamt	276	13,1
Normaladresse	6	134	6,4
	7	114	5,4
	8	62	2,9
	Gesamt	310	14,7
erhöhtes Risiko	9	41	2,0
	10	36	1,7
	11	30	1,4
	Gesamt	107	5,1
Risikokunden	12	14	0,7
	13	40	1,9
	14	12	0,6
	15	16	0,8
	15(B)	2	0,1
	15(C)	2	0,1
	Gesamt	86	4,2
Ausfallkunden	16	6	0,3
	17	16	0,8
	18	21	1,0
	Gesamt	43	2,1
Ratinglücke		49	2,3
Gesamt		2.102	100,0

Datenbasis: Gesamttrisikobericht 31.12.2014

4. Darstellung der Eigenhandelsstruktur nach Risikoklassen			
Buchwerte		31.12.2014	
		in Mio. Euro	in %
Handelsbestand gesamt		0	0
Aktien, Aktienfonds (inkl. Durchschau Spezialfonds)		35	7,5
davon Rohstoffe		7	1,5
festverzinsliche Wertpapiere (inkl. Durchschau Spezialfonds)	Rating AAA bis A-	256	54,8
	Rating BBB+ bis BBB-	135	28,9
	Rating BB+ bis B-	17	3,6
	Rating CCC-D	0	0,0
	ohne Rating S&P oder Moody's	5	1,1
	Eigenbestand IHS (ohne Rating)	1	0,2
	Summe	414	88,6
	davon Non-Investment-Grade	17	3,6
	davon öffentliche Haushalte	45	9,6
	davon gedeckte SV	69	14,8
offene Immobilienfonds (inkl. BGV*)		11	2,4
Tages- / Termingelder Spezialfonds		4	0,9
sonstige		3	0,6
Wertpapierbestand insgesamt		467	100,0
nachrichtlich:			
Kurswert** Publikumsfonds insgesamt		39	8,4
Kurswert** größte Einzelposition Publikumsfonds		5	1,1

*BGV = BGV Bayerische Grundvermögen AG. ** Dirty Value
Datenbasis: Gesamtrisikobericht 31.12.2014

Veränderungen der Risikolage werden vierteljährlich in Berichtsform zusammengefasst und dem Vorstand sowie dem Aufsichtsorgan zur Kenntnis gegeben.

Schwerpunktmäßig kommen die Ausleihungen der Stadt-Sparkasse nach wie vor dem örtlichen Mittelstand zugute; dabei stellt sich der Anteil des verarbeitenden Gewerbes und dem Grundstücks- und Wohnungswesen im Verbandsvergleich überdurchschnittlich dar. Gleichwohl sind erhöhte Risiken aus der Struktur der Ausleihungen im abgelaufenen Jahr nicht erkennbar geworden. Kreditsicherheiten werden zur Reduzierung der Ausfallrisiken im notwendigen Umfang hereingenommen.

Um eine frühzeitige Steuerung des Adressenrisikos vornehmen zu können, hat die Stadt-Sparkasse Solingen das „OSPlus-Frühwarnsystem“ implementiert. Auf Basis der in diesem System festgelegten quantitativen und qualitativen Faktoren ist eine Früherkennung von Kreditrisiken noch besser möglich.

Der Betrag der Neubildungen von Einzelwertberichtigungen liegt weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Im mehrjährigen Vergleich zeigen die konstant niedrigen Direktabschreibungen sowie die Entwicklung von Netto- und Bruttozuführungen zu Wertberichtigungen eine insgesamt stabile Risikolage. Daher konnten die bestehenden internen Limite im Vergleich zum Vorjahr beibehalten werden.

Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Aufgrund des überschaubaren Umfangs der Beteiligungen wird deren Risiko vierteljährlich pauschal ermittelt. Im Hinblick auf die unverändert angespannte Situation einiger Landesbanken wird dem Beteiligungsrisiko aus Verbundbeteiligungen in der Risikotragfähigkeitsberechnung ein hohes Gewicht beigemessen. Im Berichtsjahr kam es zu keiner Limitüberschreitung. Der Risikolage wird durch die Einrechnung hoher Abschläge auf die Beteiligungswerte bei der Tragfähigkeitsbetrachtung entsprochen. Aufgrund des geringen Umfangs der Beteiligungen ist zu erwarten, dass sich die Risiken im Vergleich zum Vorjahr nicht ungünstiger entwickeln.

Marktpreisrisiken

Die Stadt-Sparkasse Solingen definiert Marktpreisrisiken als die Gefahr negativer Preis- und Kursveränderungen von Aktien, Anleihen, Fonds und Währungen aufgrund von Marktbewegungen bzw. Veränderungen der Zinsstrukturkurve oder von Volatilitäten.

Zinsänderungsrisiken

Für die passive Steuerung des barwertigen Zinsänderungsrisikos werden monatlich nahezu alle zinstragenden Geschäfte in einer einheitlichen Cash-Flow-Übersicht unter Einbeziehung zinssichernder Swappeschäfte abgebildet, per Jahresende in einem Umfang von insgesamt 224,0 Mio. Euro; zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos aus einer Anlage im Volumen von 9,5 Mio. Euro wurde eine Bewertungseinheit gem. § 254 HGB gebildet (zur Bilanzierung und Bewertung siehe Darstellung im Anhang zum Jahresabschluss unter "Bewertungseinheiten"). Für Produkte mit optionalen Bestandteilen wurden entsprechende Annahmen getroffen.

Zusätzlich werden vierteljährlich anhand von Szenarioberechnungen die Auswirkungen von Zinsänderungen auf die Ertragslage (Zinsspannenrisiko) berechnet.

Die Stadt-Sparkasse Solingen weist sowohl in der barwertigen als auch in der GuV-orientierten Betrachtung bei den Zinsänderungsrisiken seit Jahren eine weitgehend konstante Entwicklung auf; abzulesen u. a. an dem barwertigen Steuerungswert (Value at Risk). Dies resultiert aus der konsequent passiven Steuerung mit Ausrichtung an einer geeigneten Benchmark mit moderater Fristentransformation. Die Risikoausprägung im Bereich der Zinsänderungsrisiken ist tendenziell durchschnittlich.

Kursrisiken

Die tägliche Berichterstattung erstreckt sich auf die mit Kursrisiken behafteten Handelsgeschäfte, die relevanten Limite und deren aktuellen Auslastungen. Darüber hinaus enthält der Bericht das täglich ermittelte Ergebnis (Handelsergebnis) in Form von kumuliert dargestellten Jahresergebnissen sowie die Bewertung der mit Kursrisiken behafteten Positionen und Swappeschäfte.

Über die ermittelten Kursrisiken aus Handelsgeschäften wird ein vierteljährlicher Gesamtrisikobericht erstellt und der Geschäftsleitung zur Verfügung gestellt. Dieser Bericht enthält einen Überblick über die Risiko- und Ergebnisentwicklung.

Die bei der Bemessung der Kursrisiken in den letzten Jahren aufgetretenen Bewertungsschwankungen sind in erster Linie auf die konsequente Anwendung des strengen Niederstwertprinzips zurückzuführen. Der Schwerpunkt der ermittelten Risiken lag im Bereich der (Spezial-)Fonds. Die Risikowerte bewegten sich 2014 im Rahmen der festgelegten Limite.

Währungsrisiken

Durch eingerichtete Materialitäts- und Volumenschwellen werden Währungsrisiken auf einen für die Risikosteuerung zu vernachlässigenden Betrag eingegrenzt.

Fazit

Aus den aufgeführten Marktpreisrisiken sind keine Belastungen zu erwarten, die die Risikotragfähigkeit der Stadt-Sparkasse Solingen gefährden könnten. Insofern ist von einer im Wesentlichen gleichbleibenden Risikolage auszugehen. Diese Annahme wurde in den Vorjahren durch das jederzeitige Einhalten der Risikotragfähigkeit uneingeschränkt bestätigt.

Liquiditätsrisiken

Unter Liquiditätsrisiko versteht die Stadt-Sparkasse Solingen die aktuelle oder zukünftige Gefahr, dass benötigte Zahlungsmittel nicht oder nur zu erhöhten Kosten beschafft oder angelegt werden können. Die Liquiditätsrisiken werden in Zahlungsunfähigkeitsrisiken und Refinanzierungskostenrisiken unterschieden.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, dass Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht zeitnah nachgekommen werden kann. Das Refinanzierungskostenrisiko ist als die Gefahr definiert, dass bei Bedarf nicht ausreichend Liquidität zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann. Im Gegensatz zum Zahlungsunfähigkeitsrisiko, welches aufgrund seiner besonderen Eigenart nicht sinnvoll mit ökonomischem Kapital unterlegt werden kann, wird das Refinanzierungskostenrisiko im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung begrenzt und gesteuert. Die Einbindung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos in die Risikosteuerungsprozesse erfolgt in einem zweiten Steuerungskreis (anhand einer Liquiditätsablaufbilanz), bei der die Auswirkungen eines möglichen, verstärkten Mittelabflusses analysiert werden.

Die Stadt-Sparkasse Solingen verfügt über eine einwandfreie Bonität, die Liquiditätsbeschaffung konnte jederzeit im erforderlichen Umfang über die Sparkassen-Finanzgruppe sowie den Geld- und Kapitalmarkt problemlos vorgenommen werden. Darüber hinaus ist der überwiegende Teil des Wertpapierbestands kurzfristig beleihbar.

Liquiditätsengpässe waren in der Vergangenheit nicht feststellbar und werden auch künftig nicht erwartet. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Der Unterlegungsbetrag für das operationelle Risiko wird nach dem Basisindikatoransatz ermittelt.

Das Management operationeller Risiken ist Teil der Risikostrategie der Stadt-Sparkasse Solingen. Allgemeines Ziel ist es, durch geeignete Maßnahmen operationelle Risiken auf ein Minimum zu beschränken. Zur Messung und Steuerung wird sowohl eine Vergangenheitsauswertung, als auch eine in die Zukunft gerichtete Betrachtung vorgenommen. Die jeweils im Vorjahr aufgetretenen Schadensfälle werden anonymisiert an eine zentrale Schadensfalldatenbank gemeldet. Die statistische Auswertung aller zurückgespielten bundesweit gesammelten Schadensfälle ermöglicht eine Standortbestimmung im Vergleich zu den anderen Sparkassen. Für die bisherigen Vergleichszeiträume weist die Stadt-Sparkasse Solingen eine - gemessen an der Bilanzsumme - mittlere Schadenshäufigkeit und Schadenshöhe auf.

Aufgrund der Vielschichtigkeit von operationellen Risiken existieren in der Stadt-Sparkasse Solingen Regelungen und Maßnahmen zur Begrenzung dieser Risiken. Potenziellen Schäden durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeitern oder Dritten begegnet die Sparkasse mit entsprechenden Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit regelmäßig von der Internen Revision überwacht wird. Die fachliche Kompetenz der Mitarbeiter wird durch bedarfsgerechte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gestärkt und im Rahmen eines periodischen Beurteilungssystems überprüft. Für technische Risiken existieren entsprechende Notfallsysteme, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Ferner werden operationelle Risiken durch die Auswahl zuverlässiger Dienstleister vermindert. Darüber hinaus wurden Versicherungen abgeschlossen, die gegebenenfalls eintretende Vermögensschäden weitgehend abfangen sollen. Zur Abwendung von Rechtsrisiken werden aktuelle Vertragsvordrucke des Deutschen Sparkassen Verlags genutzt und bei außerhalb des Standards liegenden Verträgen die eigene Rechtsabteilung eingebunden. Im Bedarfsfall wird zusätzlich eine externe Rechtsberatung hinzugezogen. Die Gesamtverantwortung für die Steuerung, Überwachung und Kontrolle operationeller (wie auch der übrigen) Risiken obliegt dem Vorstand.

Seit Jahren sind keine gravierenden Schäden durch schlagend gewordene operationelle Risiken aufgetreten. Der tatsächliche Aufwand lag 2014 leicht oberhalb der in der Risikostrategie festgelegten Schadensgrenze von durchschnittlich 500 Tsd. Euro p. a., als Folge der aktuellen Rechtsprechung zur Widerrufsbelehrung und zur Bearbeitungsgebühr bei Darlehen. Es handelt sich um ein bestehendes Rechtsrisiko gekoppelt mit einer schweren Abschätzbarkeit des Risikos einer Inanspruchnahme. Für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen gebildet.

Für die operationellen Risiken ist in Zukunft wieder ein Wert zu erwarten, der innerhalb des Limits liegt.

Sonstige Risiken

Hier sind die Risiken im Zusammenhang mit der EAA zu nennen. Diesem Risiko wird im Rahmen des RSGV-Ansparmmodells durch ausreichende Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken Rechnung getragen. Darüber hinaus sieht die Stadt-Sparkasse Solingen aufgrund des vorhandenen Risikodeckungspotenzials auch für den eventuell notwendigen Fall der Bildung einer entsprechenden Rückstellung keine untragbare

Belastung für ihre Risikotragfähigkeit. Die Einzelheiten zu den ergriffenen Maßnahmen sind im Teil E (Prognosebericht) beschrieben.

Gesamtrisikosituation

Das Gesamtbankrisiko war durch die vorhandene Risikodeckungsmasse jederzeit ausreichend abgesichert. Grundsätzlich bleibt die Gesamtrisikosituation von Kreditausfallrisiken, Emittentenrisiken und Marktpreisrisiken geprägt. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund der andauernden Staatsschuldenkrise in der Eurozone. Bei einer Gesamtkapitalquote nach CRR von 21,1 % per 31.12.2014 wird der vorgeschriebene Mindestwert von 8,0 % deutlich überschritten. Damit sind auch zukünftig moderate Geschäftsausweitungen möglich. Die Auslastung der Risikolimits lag während des Geschäftsjahrs innerhalb der auf Gesamtbankenebene festgelegten Grenzen. Die Stadt-Sparkasse Solingen steuert ihre Risiken in einer dem Geschäftsumfang und der Risikointensität angemessenen Weise. Die Risikolage ist als ausgewogen zu beurteilen.

E. Prognosebericht

Die folgenden Ausführungen erstrecken sich auf einen Prognosezeitraum von einem Jahr. Grundlage der Einschätzungen sind die gesamtwirtschaftlichen Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute. Ob die tatsächliche Entwicklung den Erwartungen entspricht, wird - außer von den üblichen Prognoseunsicherheiten - in naher Zukunft vor allem durch die politischen Unsicherheiten beeinflusst. Hier ist vor allem die weitere Entwicklung Griechenlands und die angespannte Lage in der Ukraine zu nennen. Dazu kommen noch die möglichen Auswirkungen der nahöstlichen Krisenherde und eine zunehmende Terrorgefahr. Grundsätzlich wird für 2015 jedoch von anhaltend positiven Rahmenbedingungen ausgegangen, vor allem aufgrund der stabilen Lage auf dem Arbeitsmarkt, den steigenden Steuereinnahmen und der geringen Zinslast für die Schulden der öffentlichen Haushalte.

Die Stadt-Sparkasse Solingen verfügt über Instrumente und Prozesse, um den Einfluss möglicher Entwicklungen auf die eigenen Planwerte zu erkennen, zu analysieren und ggf. steuernd einzugreifen. (s. Teil D „Chancen- und Risikobericht“)

Die positiven Konjunkturerwartungen für 2015 erstrecken sich auf alle Bereiche der deutschen Wirtschaft. So wird aufgrund der weiter steigenden Kapazitätsauslastung allgemein eine Belebung der Investitionstätigkeit erwartet. Unterstützt wird diese neben den weiter günstigen Finanzierungsbedingungen auch von sinkenden Energiepreisen. Der Außenhandel wird sich in 2015 den Prognosen zufolge ebenfalls schwungvoll entwickeln. Die Exporte profitieren dabei vom prognostizierten Anziehen der Weltkonjunktur, unterstützt durch den schwächeren Euro. Die Importe werden u.a. durch die steigenden Konsumausgaben der privaten Haushalte angeregt. Hier erwarten die Wirtschaftsforscher - auch aufgrund der geringen Zinserwartungen - dass der Zuwachs an verfügbarem Einkommen zum größten Teil in den Konsum fließt und die Sparquote nahezu unverändert bleibt.

Für den bergischen Wirtschaftsraum ergibt sich mit Blick auf die Chancen und Risiken ein differenziertes Bild - sowohl lokal als auch nach Branchen. Die bergische Industrie rechnet für 2015 mit weiteren Umsatzsteigerungen, insbesondere im Auslandsgeschäft. Insofern dürfte auch die Investitionstätigkeit weiter steigen. Es ist davon auszugehen, dass das gewerbliche Kreditgeschäft der Stadt-Sparkasse Solingen hiervon profitieren kann, wenngleich der Umfang der Ausweitung des Firmenkreditgeschäfts nicht genau abgeschätzt werden kann.

Für das Kreditvolumen gegenüber den öffentlichen Haushalten geht die Sparkasse von einem in 2015 nahezu gleichbleibenden Bestand aus.

Im Konsumentenkreditgeschäft ist weiterhin mit einer höchstens leicht steigenden Nachfrage zu rechnen. Da für 2015 erneut ein spürbarer Einkommenszuwachs erwartet wird und gleichzeitig angesichts des weiterhin niedrigen Zinsniveaus mit keiner nennenswerten Steigerung der Sparquote zu rechnen ist, werden die wahrscheinlich nochmals leicht zunehmenden Konsumausgaben zu großen Teilen aus laufenden Einkommen und weniger über Kredite bestritten werden. Positiver stellt sich das Bild im privaten Wohnungsbau dar. Aufgrund der nach wie vor günstigen Finanzierungsmöglichkeiten für Erwerber rechnet die Sparkasse damit, dass es im privaten Wohnungsbaugeschäft zu einem spürbaren Wachstum kommt. Insgesamt rechnet die Stadt-Sparkasse Solingen mit einer moderaten Ausweitung des Kreditvolumens, die abhängig von der Kreditnachfrage der Unternehmen und der Dynamik des Wohnungsbaugeschäfts noch höher ausfallen kann.

Vor dem Hintergrund eines gleichbleibend niedrigen Zinsniveaus und den damit verbundenen geringen Sparanreizen erwartet die Sparkasse einen insgesamt nahezu unveränderten Bestand an Kundeneinlagen, innerhalb dessen sich der bereits seit längerem andauernde Trend zur Umschichtung der Gelder in liquide Anlageformen auch 2015 fortsetzen wird.

Im Wertpapiergeschäft ist auch 2015 davon auszugehen, dass mittel- und längerfristige Engagements in festverzinslichen Wertpapieren aufgrund der zur Zeit niedrigen Renditen wenig attraktiv erscheinen. Gleichzeitig führen die weiter gestiegenen Indizes der wichtigsten Aktienmärkte zu nur noch geringen Engagements in Aktien. Je nach Anlageschwerpunkt wirken sich diese Entwicklungen an den Finanzmärkten auch auf die Investmentfonds und deren Attraktivität für Anleger aus. Insgesamt erwartet die Sparkasse daher nur eine geringe Belebung des Wertpapiergeschäfts.

Die derzeitigen Rahmenbedingungen, insbesondere das dauerhaft niedrige Zinsniveau und die unvermindert starke Konkurrenzsituation, erschweren es in immer stärkerem Maße, ausreichende Margen zu erzielen. Insofern erwartet die Sparkasse bereits für 2015 einen leicht rückläufigen Zinsüberschuss. In den folgenden Jahren ist damit zu rechnen, dass die negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Ertragslage der Sparkasse noch spürbar zunehmen.

Im Zusammenhang mit der prognostizierten positiven Entwicklung im Wohnungsbaukreditgeschäft sieht die Sparkasse noch Potenzial für eine Ausweitung des Bauspargeschäfts. Ebenso ist im Lebens- und Rentenversicherungsgeschäft noch ein geringer Zuwachs möglich. Insgesamt wird, abhängig vom Umfang des Wertpapiergeschäfts und einer möglichen Ausweitung des Vermittlungsgeschäfts, eine leichte Erhöhung des Provisionsergebnisses erwartet.

Die Verwaltungsaufwendungen werden sich 2015 durch Summation verschiedener Einzelposten voraussichtlich moderat erhöhen.

Insgesamt erwartet die Stadt-Sparkasse Solingen für 2015 eine stabile Geschäftsentwicklung, wenn auch angesichts der merklich rückläufigen Zinsspanne mit einem geringeren Jahresergebnis gerechnet werden muss. Trotzdem soll auch in Zukunft die Risikoversorge gestärkt werden. Dies ist zum einen vor dem Hintergrund der Haftungsverpflichtungen im Zusammenhang mit der EAA notwendig (siehe dazu auch folgender Abschnitt zu den aus der Bilanz nicht ersichtlichen finanziellen Verpflichtungen). Zum anderen soll weiterhin das haftende Eigenkapital vor dem Hintergrund der neuen Eigenkapitalvorschriften nach Basel III gestärkt werden.

Die Vermögenslage der Stadt-Sparkasse Solingen wird für die Zukunft als unverändert gut eingeschätzt. Hinsichtlich der per 01.01.2014 in Kraft getretenen Vorschriften der CRR/CRD IV (Capital Requirements Regulation/Capital Requirements Directive IV) bleibt die Mindestkapitalquote von 8 % bestehen – wobei der Anteil des Kernkapitals 2015 mindestens 6 % betragen muss. Hinzu kommt ein ab 2016 bis 2019 jährlich ratierlich auf 2,5 % ansteigender Kapitalerhaltungspuffer, der nur aus Kernkapital gebildet werden kann. Schon mit Einführung der Neuregelungen erfüllt die Stadt-Sparkasse Solingen die Eigenkapitalanforderungen deutlich über die Mindestanforderungen hinaus.

Da die Sparkasse insgesamt auch mit einer unverändert guten Finanzlage rechnet, sieht sie sich auch in Zukunft in der Lage, allen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf - RSGV mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt ("Erste Abwicklungsanstalt") gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seinem Anteil (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen.

Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. Euro als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Gesamtverpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2014 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihrem Anteil am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für

dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus dem Gewinn des jeweiligen Geschäftsjahrs eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Die Höhe der Vorsorge orientiert sich an unserer Beteiligungsquote am RSGV zum Zeitpunkt der Übernahme der indirekten Verpflichtung im Jahr 2009 (1,6074 %). Zum 31.12.2014 beträgt unsere Beteiligungsquote 1,3912 %. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 7,3 Mio. Euro durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2014 1,2 Mio. Euro.

Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Solingen, im März 2015

Vorstand

Grunwald

Kartenberg

Bericht des Verwaltungsrates

Der Rat der Stadt Solingen hat in seiner Sitzung am 03. Juli 2014 den Sparkassenorganen Entlastung für das Geschäftsjahr 2013 erteilt.

Der Verwaltungsrat trat im Jahr 2014 zu sieben Sitzungen zusammen, in denen er Berichte des Vorstandes über die Wirtschafts- und Geschäftslage entgegennahm, Fragen der Geschäftspolitik erörterte und die erforderlichen Beschlüsse fasste.

Der Jahresabschluss 2014 und der Lagebericht wurden von der Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt und damit testiert, dass Buchführung und Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Gemäß § 15 Abs. 2 d) SpkG NRW hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss 2014 festgestellt und den Lagebericht für das Jahr 2014 gebilligt.

Die Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 4.028.798,80 Euro erfolgt nach § 25 SpkG NRW. Der Verwaltungsrat schlägt gemäß § 24 Abs. 4 Satz 2 SpkG NRW der Vertretung des Trägers vor, einen Betrag von 2.428.798,80 Euro der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Darüber hinaus schlägt der Verwaltungsrat vor, einen Betrag von 1.100.000,00 Euro unmittelbar dem Träger zur Verfügung zu stellen mit der Maßgabe, diesen Betrag nach Abzug von Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag als Gewinnverwendung gemäß § 25 Abs. 3 SpkG NRW zu verwenden.

Weiter schlägt der Verwaltungsrat vor, auf die Zuführung des restlichen Betrages von 500.000,00 Euro an den Träger mit der Maßgabe zu verzichten, dass der Verwaltungsrat selbst diesen Betrag nach Abzug von Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag als Gewinnverwendung gemäß § 25 Abs. 3 SpkG NRW unmittelbar Dritten zur Erfüllung gemeinwohlorientierter örtlicher Aufgaben des Trägers oder für gemeinnützige Zwecke zuführt und damit auf die Förderung des kommunalen, bürgerschaftlichen und trägerschaftlichen Engagements, insbesondere in den Bereichen Bildung und Erziehung, Soziales und Familie, Kultur und Sport sowie Umwelt, beschränkt.

Solingen, 22. Juni 2015

Verwaltungsrat

Feith, Vorsitzender

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2014

der Stadt-Sparkasse Solingen

Land Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk Düsseldorf

Aktivseite
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2014

	Euro	Euro	Euro	31.12.2013 Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		12.773.554,83		12.997
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>4.156.314,13</u>		<u>19.750</u>
			16.929.868,96	32.747
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		4.288.912,21		3.893
b) andere Forderungen		<u>27.213.555,71</u>		<u>27.716</u>
			31.502.467,92	31.609
4. Forderungen an Kunden			1.559.214.637,13	1.505.771
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	884.526.389,63 Euro			(859.270)
Kommunalkredite	<u>193.429.424,09 Euro</u>			<u>(168.821)</u>
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
ab) von anderen Emittenten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
			-,-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		30.104.133,05		30.112
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	30.104.133,05 Euro			(30.112)
bb) von anderen Emittenten		<u>272.792.433,52</u>		<u>270.933</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	259.260.525,17 Euro		302.896.566,57	301.045
				(260.992)
c) eigene Schuldverschreibungen			503.631,28	1.168
Nennbetrag	481.000,00 Euro			(1.129)
			303.400.197,85	302.212
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			171.511.851,25	164.126
6a. Handelsbestand			-,-	1.487
7. Beteiligungen			33.305.452,09	35.383
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			-,-	-
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
9. Treuhandvermögen			2.112.668,74	2.706
darunter:				
Treuhandkredite	2.112.668,74 Euro			(2.706)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		83.854,00		129
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			83.854,00	129
12. Sachanlagen			17.302.830,56	17.795
13. Sonstige Vermögensgegenstände			15.881.002,89	16.132
14. Rechnungsabgrenzungsposten			389.148,70	605
15. Aktive latente Steuern			-,-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			-,-	-
Summe der Aktiva			2.151.633.980,09	2.110.701

Passivseite

31.12.2013
Tsd. EUR

	Euro	Euro	Euro	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		1.915.779,36		9.474
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>205.442.239,65</u>		<u>237.086</u>
			207.358.019,01	<u>246.560</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	571.276.618,80			578.174
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>34.438.742,17</u>			<u>22.693</u>
		605.715.360,97		600.867
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	922.320.778,06			837.807
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>164.883.100,53</u>			<u>188.462</u>
		1.087.203.878,59	1.692.919.239,56	<u>1.026.270</u>
				<u>1.627.137</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		9.381.173,87		14.010
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,- Euro			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- Euro			(-)
			9.381.173,87	14.010
3a. Handelsbestand			-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten			2.112.668,74	2.706
darunter:				
Treuhandkredite	2.112.668,74 Euro			(2.706)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			3.743.203,00	3.710
6. Rechnungsabgrenzungsposten			2.441.696,20	2.896
6a. Passive latente Steuern			-,-	-
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		14.712.603,00		14.003
b) Steuerrückstellungen		1.400.620,00		148
c) andere Rückstellungen		<u>9.520.206,71</u>		<u>10.184</u>
			25.633.429,71	<u>24.335</u>
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			-,-	-
10. Genusssrechtskapital			1.656.498,00	1.688
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	578.044,00 Euro			(578)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			62.790.800,00	46.491
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	490.800,00 Euro			(491)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		-,-		-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	139.568.453,20			137.163
cb) andere Rücklagen	<u>-,-</u>			<u>-</u>
		139.568.453,20		137.163
d) Bilanzgewinn		<u>4.028.798,80</u>	143.597.252,00	<u>4.005</u>
				<u>141.168</u>
Summe der Passiva			2.151.633.980,09	2.110.701
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		22.248.372,42		21.751
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			22.248.372,42	21.751
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>115.938.054,43</u>	115.938.054,43	<u>64.936</u>
				<u>64.936</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014**

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2013 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	<u>62.354.379,04</u>			<u>66.118</u>
darunter:				
aus der Abzinsung von Rückstellungen	<u>499,63</u> Euro			<u>(-)</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>6.503.786,07</u>			<u>7.523</u>
		<u>68.858.165,11</u>		<u>73.641</u>
2. Zinsaufwendungen		<u>18.792.170,23</u>		<u>25.101</u>
darunter:				
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>14.343,46</u> Euro			<u>(16)</u>
			<u>50.065.994,88</u>	<u>48.540</u>
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		<u>5.603.129,55</u>		<u>6.249</u>
b) Beteiligungen		<u>859.041,23</u>		<u>629</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>-</u>		<u>-</u>
			<u>6.462.170,78</u>	<u>6.878</u>
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			<u>-</u>	<u>-</u>
5. Provisionserträge		<u>16.828.689,18</u>		<u>15.617</u>
6. Provisionsaufwendungen		<u>822.915,86</u>		<u>780</u>
			<u>16.005.773,32</u>	<u>14.837</u>
7. Nettoertrag des Handelsbestands			<u>600.121,76</u>	<u>331</u>
8. Sonstige betriebliche Erträge			<u>4.598.740,47</u>	<u>5.196</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs-umrechnung	<u>684.810,08</u> Euro			<u>(88)</u>
aus der Abzinsung von Rückstellungen	<u>938,74</u> Euro			<u>(1)</u>
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>-</u>	<u>-</u>
			<u>77.732.801,21</u>	<u>75.781</u>
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	<u>27.169.116,25</u>			<u>26.956</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>7.508.858,05</u>			<u>8.393</u>
darunter: für Alters-versorgung	<u>2.660.100,72</u> Euro		<u>34.677.974,30</u>	<u>35.349</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>11.461.744,96</u>		<u>12.331</u>
			<u>46.139.719,26</u>	<u>47.680</u>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			<u>1.727.085,89</u>	<u>1.673</u>
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			<u>3.831.558,98</u>	<u>4.342</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs-umrechnung	<u>2.152,96</u> Euro			<u>(268)</u>
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>1.281.943,80</u> Euro			<u>(1.052)</u>
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>-</u>		<u>-</u>
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>3.775.789,09</u>		<u>6.170</u>
			<u>3.775.789,09</u>	<u>6.170</u>
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		<u>87.262,03</u>		<u>3.931</u>
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		<u>-</u>		<u>-</u>
			<u>87.262,03</u>	<u>3.931</u>
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			<u>-</u>	<u>-</u>
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>16.300.000,00</u>	<u>12.000</u>
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			<u>13.422.964,14</u>	<u>12.326</u>
20. Außerordentliche Erträge		<u>-</u>		<u>-</u>
21. Außerordentliche Aufwendungen		<u>-</u>		<u>-</u>
22. Außerordentliches Ergebnis			<u>-</u>	<u>-</u>
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>9.134.244,78</u>		<u>8.059</u>
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>259.920,56</u>		<u>262</u>
			<u>9.394.165,34</u>	<u>8.321</u>
25. Jahresüberschuss			<u>4.028.798,80</u>	<u>4.005</u>
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			<u>-</u>	<u>-</u>
			<u>4.028.798,80</u>	<u>4.005</u>
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		<u>-</u>		<u>-</u>
b) aus anderen Rücklagen		<u>-</u>		<u>-</u>
			<u>-</u>	<u>-</u>
			<u>4.028.798,80</u>	<u>4.005</u>
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		<u>-</u>		<u>-</u>
b) in andere Rücklagen		<u>-</u>		<u>-</u>
			<u>-</u>	<u>-</u>
29. Bilanzgewinn			<u>4.028.798,80</u>	<u>4.005</u>

Anhang zum Jahresabschluss 2014

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Allgemeine Angaben

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2014 nicht geändert.

2. Bilanzierung und Bewertung der Aktivposten

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit und Namensschuldverschreibungen haben wir zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund ihres Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen; sie werden planmäßig auf die Zinsbindungsdauer bzw. die Laufzeit, dann max. fünf Jahre, verteilt.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden haben wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet. Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt. Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute.

Von Kunden im Zusammenhang mit einer vorzeitigen Anpassung von Festzinsvereinbarungen an das aktuelle Marktzinsniveau erhaltene Ausgleichsbeträge wurden - wie Vorfälligkeitsentgelte - unmittelbar in voller Höhe erfolgswirksam vereinnahmt.

Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, wurden auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert.

Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute.

Wertpapiere, die dazu bestimmt wurden, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (Anlagevermögen), wurden ebenfalls nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Angesichts der anhaltenden Diskussion über die Staatsverschuldung im Euro-Währungsraum haben wir nähere Erläuterungen zum Risiko von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Staaten in den Lagebericht aufgenommen. Die entsprechenden Wertpapiere sind ausschließlich Bestandteile von Spezialfonds. Anleihen griechischer Emittenten haben wir nicht im Bestand.

Existiert für ein Wertpapier ein aktiver Markt, entspricht der beizulegende (Zeit-)Wert dem Markt- bzw. Börsenpreis am Bilanzstichtag. Liegt kein aktiver Markt vor, wird der beizulegende (Zeit-)Wert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden ermittelt. Für Anteile an Investmentfonds haben wir als beizulegenden (Zeit-)Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Gesetzliche Restriktionen bei der Anteilsrücknahme beeinflussen den beizulegenden Wert bei Anteilen an offenen Immobilienfonds. Bei börsengehandelten offenen Immobilienfonds wurde der Börsenpreis angesetzt; bei nicht börsengehandelten offenen Immobilienfonds (Spezialsondervermögen) wurde unter Berücksichtigung der besonderen Vertragsbedingungen zur Anteilsrücknahme - sofern erforderlich - ein Abschlag auf den Rücknahmepreis vorgenommen.

Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen.

Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestands werden im außerbörslichen Interbankenhandel erworben. Das Emissionsvolumen dieser Wertpapiere wird in der Regel bei wenigen institutionellen Anlegern platziert. Für diese Wertpapiere haben wir die von den Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet.

Bei zwei Kapitalmarktfloatern, die als strukturierte Finanzinstrumente nach IDW RS HFA 22 zu beurteilen sind, haben wir die indikativen Kurse durch modellbasierte Bewertungen mit Hilfe des Discounted Cashflow Verfahrens (DCF-Modell) plausibilisiert.

Für eine Anleihe erfolgte eine modellbasierte Bewertung mit Hilfe des Discounted Cashflow Verfahrens (DCF-Modell). Der aus dem Wertpapier nach den vertraglichen Vereinbarungen erwartete Cashflow wurde dabei mit einem geeigneten Zins abgezinst. Der Diskontierungszins setzt sich aus einem Basiszins und einem Risikozuschlag (Spread) zusammen. Für die Bestimmung der Parameter haben wir vorrangig am Markt beobachtbare Werte verwendet. Als Basiszins diente die aus dem Interbankenhandel abgeleitete Swap-Kurve; der Spread wurde mit Hilfe von Marktinformationen der Agentur Thomson Reuters, die mit Veröffentlichungen weiterer Marktteilnehmer plausibilisiert wurden, ermittelt.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die - trotz sachgerechter Ermessensausübung - im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen.

Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauernder sowie voraussichtlich vorübergehender Wertminderung, bilanziert. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlageverpflichtungen wurden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden. Die Beteiligungsbewertung erfolgt nicht auf Basis der Vorgaben des IDW RS HFA 10 (Ertragswertverfahren), da die Art bzw. der betragsliche Umfang unserer Beteiligungen dies rechtfertigen.

Die Sachanlagen, die nach Inkrafttreten des BilMoG angeschafft worden sind, werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Vor Inkrafttreten des BilMoG angeschaffte Vermögensgegenstände schreiben wir unter Nutzung der Übergangsmöglichkeiten des BilMoG (Artikel 67 Abs. 4 EGHGB) weiterhin mit den steuerlich zulässigen Höchstsätzen ab. Niedrigere Wertansätze auf Sachanlagevermögen, die aus der Übernahme steuerrechtlicher Regelungen resultierten (§ 6b EStG), haben wir ebenfalls nach Artikel 67 Abs. 4 EGHGB fortgeführt.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 Euro werden sofort als Sachaufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten von mehr als 150 Euro bis 1.000 Euro bzw. bei Software bis 410 Euro wird ein Sammelposten gebildet, der aufgrund der insgesamt unwesentlichen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Rahmen einer Gesamtbetrachtung über fünf Jahre ergebniswirksam verteilt wird.

Software wurde nach den Grundsätzen des Rechnungslegungsstandards HFA 11 des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. bilanziert.

Einen Überhang aktiver latenter Steuern, der sich nach Saldierung mit passiven latenten Steuern ergab, haben wir in Ausübung des Wahlrechts aus § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert.

3. Bilanzierung und Bewertung der Passivposten

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für unmittelbar zugesagte Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben wir nach dem finanzmathematischen Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005G berechnet. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 % und Rentensteigerungen von 1,5 % unterstellt. Die Rückstellungen wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechts gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen im Wesentlichen auf Verpflichtungen aus banküblichen Geschäften im Zusammenhang mit Bonuszahlungen für Sparverträge sowie auf Verpflichtungen im Zusammenhang mit Gehaltszahlungen. Sie wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrags unter Berücksichtigung zukünftiger Kostensteigerungen gebildet.

Für Zwecke der Rückstellungsbildung haben wir eine Einschätzung vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken haben wir die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt. Bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgte eine Abzinsung. Die Abzinsung erfolgte mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre. Bei der Bestimmung des Diskontierungszinssatzes sind wir grundsätzlich davon ausgegangen, dass Änderungen des Zinssatzes jeweils zum Jahresende eingetreten sind. Entsprechend sind wir für die Bestimmung des Zeitpunkts der Änderungen des Verpflichtungsumfanges bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurden dem Sonderposten gemäß § 340g HGB neue Mittel zugeführt.

4. Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuch)

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 "Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuch)" nach der Barwertmethode bewertet. Dieses Bankbuch umfasst alle Kunden-, Eigenanlage- und zur Zinsbuchsteuerung abgeschlossene Zinsswapgeschäfte mit vergleichbarer maximaler Zinsbindungsdauer. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

5. Bilanzierung und Bewertung von Derivaten

Die Sparkasse setzt Derivate im Wesentlichen im Rahmen der Zinsbuchsteuerung ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen.

Darüber hinaus wurde eine Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB als Micro-Hedge zur Absicherung von Zinsrisiken eines Wertpapiers gebildet. Die Angaben nach § 285 Nr. 23 HGB erfolgen in einem separaten Abschnitt des Anhangs.

Derivate, die nicht in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs bzw. in die Bewertungseinheit nach § 254 HGB einbezogen wurden, halten wir nicht.

Strukturierte Produkte wurden einheitlich bilanziert und verbunden bewertet. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte in Übereinstimmung mit der Stellungnahme RS HFA 22 des IDW.

6. Ausweis in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Anhang

Die laufenden Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden in Übereinstimmung mit unserer internen Steuerung in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesen.

Der Ausweis der Ergebnisse der Währungsumrechnung erfolgt unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. In den Ausweis haben wir auch realisierte Gewinne und Verluste einbezogen.

Zinsaufwendungen für Guthaben bei der Zentralbank (sogenannte gezahlte Minuszinsen) werden mit den Zinserträgen verrechnet.

Die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

7. Angabe der Grundlage für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in Euro

Nicht dem Handelsbestand zugeordnete oder nicht in Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB aufgenommene, auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte sind mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet.

In den Beständen sind in derselben Währung besonders gedeckte Geschäfte vorhanden. Von einer besonderen Deckung gehen wir aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung beseitigt wird. Bei den besonders gedeckten Geschäften handelt es sich um laufende Konten von Kunden, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind. Die Aufwendungen und Erträge der besonders gedeckten Geschäfte wurden je Währung saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden unabhängig von der Restlaufzeit erfolgswirksam berücksichtigt und im sonstigen Ergebnis ausgewiesen. Die Erträge aus der Umrechnung von Fremdwährungsposten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger wurden erfolgswirksam vereinnahmt und analog ausgewiesen.

Auf Fremdwährung lautende Bargeldbestände wurden zum Kassakurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet.

Erläuterungen zur Bilanz

	<u>Euro</u>	<u>Euro i. Vj.</u>
Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Forderungen an die eigene Girozentrale	4.210.829,12	
Der Unterposten b) - andere Forderungen - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	24.700,62	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	46.179,91	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	21.251.513,33	
- mehr als fünf Jahre	5.614.925,74	
In folgendem Unterposten sind enthalten:		
b) andere Forderungen		
- nachrangige Forderungen	26.266.578,29	26.266.578,29
 Aktiva 4 - Forderungen an Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.475.940,11	10.500.033,15
- nachrangige Forderungen	14.961,89	37.541,16
Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	59.008.591,78	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	95.323.322,62	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	458.813.853,95	
- mehr als fünf Jahre	877.713.853,32	
- Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	67.293.352,87	
 Aktiva 5 - Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Beträge, die bis zum 31.12.2015 fällig werden	34.161.821,00	
- nachrangige Vermögensgegenstände	9.302.248,26	6.531.326,26
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	293.688.220,28	
- nicht börsennotiert	9.711.977,57	

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung unseres Wertpapierbestands zu vermitteln:

Art der Anlage	Buchwerte Mio. Euro	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
<u>Umlaufvermögen</u>			
Wertpapiere inländ. öffentlicher Emittenten	30,1	ja	Marktpreis
Festverzinsliche gedeckte Wertpapiere	10,0	nein	Indikativer Preis
Festverzinsliche sonstige Wertpapiere	101,9	nein	Indikativer Preis
Variabel verzinsliche Kapitalmarktfloater	35,2	nein	Indikativer Preis
Variabel verzinsliche sonstige Wertpapiere	113,7	nein	Indikativer Preis
Wertpapier aus Bewertungseinheit	9,0	nein	Bewertungsmodell
Zurückgekaufte eigene IHS	0,5	ja	Marktpreis

Aktiva 6 - Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an Sondervermögen im Sinn des § 1 Absatz 10 des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB), die nachfolgend nach Anlagezielen gegliedert dargestellt sind:

	Buchwert Mio. Euro	Marktwert Mio. Euro	Diff. Marktwert - Buchwert Mio. Euro	Ausschüttung 2014 Mio. Euro
Rentenfonds:				
Spezialfonds Graf-Engelbert II Der Fonds ist ein Rentenfonds mit einer schwerpunktmäßigen Investition in dänische Staatsanleihen und Pfandbriefe, wobei das Währungsrisiko gehedged ist.	15,5	17,0	1,5	0,5
Spezialfonds Graf-Adolf II Der Fonds ist ein Rentenfonds mit einer Investition im Investmentgrade-Bereich von europäischen Unternehmen mit einer sehr breiten Streuung (Einzelwert i. d. R. nicht größer als 300 Tsd. Euro).	34,1	36,0	1,9	0,9
Mischfonds:				
Spezialfonds Graf-Engelbert I Die Anlage erfolgt zu 69 % in Rentenpapieren (überwiegend Staats- und andere besicherte Anleihen) und zu 31 % in europäischen Standardaktien. Z. Z. entfallen ca. 15 % des Fondsvermögens auf High Yields.	68,4	85,8	17,4	2,6
Spezialfonds Graf-Adolf I Die Anlage erfolgt zu 38 % in Aktien (Euro-Stoxx-Werte) sowie zu 62 % in Renten (überwiegend europäische Staatsanleihen und Pfandbriefe) und liquide Mittel.	30,3	30,3	0,0	0,6
Rentenfonds:				
BayernInvest Convertible Bonds Der Fonds ist ein internationaler Wandelanleihenfonds. Die Anlage erfolgt in Wandelanleihen, wandelbaren Notes und anderen wandelbaren Wertpapieren, überwiegend im Investmentgrade-Bereich.	2,6	3,0	0,4	0,0

Bei allen Investmentfonds ist eine tägliche Rückgabe möglich.

Es wurden keine Abschreibungen unterlassen.

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung unseres Wertpapierbestands zu vermitteln. Die in der obigen Aufstellung enthaltenen Anteile an Investmentvermögen sind hierin enthalten:

Art der Anlage	Buchwerte Mio. Euro	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
<u>Umlaufvermögen</u>			
Spezialfondsanteile	66,8	ja	Rücknahmewert gem. KAGB
Immobilienfondsanteile, börsennotiert	4,4	ja	Börsenpreis
Immobilienfondsanteile, sonstige	5,0	ja	Rücknahmewert gem. KAGB
Immobilienfondsanteile, übrige	1,0	ja	Rücknahmewert mit Abschlag
Sonstige Publikumsfondsanteile	25,5	ja	Rücknahmewert gem. KAGB
<u>Anlagevermögen</u>			
Aktien	0,3	ja	Börsen-/Marktpreis
Spezialfondsanteile	68,4	ja	Rücknahmewert gem. KAGB

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

- börsennotiert

9.308.024,19 Euro

- nicht börsennotiert

18.047.139,75 Euro

Aktiva 6a - Handelsaktiva

Innerhalb des Geschäftsjahrs haben wir die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert.

Die im Jahresverlauf gehaltenen Handelsbestände wurden vor Jahresende verkauft.

Aktiva 7 - Beteiligungen

An folgenden Unternehmen halten wir Anteile von mindestens 20 %:

Name, Sitz	Anteil am Kapital %	Eigenkapital * Tsd. Euro	Jahresergebnis * Tsd. Euro
Parkhaus Keldersplatz GbR, Solingen	33,33	649	39
Parkhausges. Keldersplatz mbH, Solingen	33,33	57	2
RW Gesellschaft öff.-rechtlicher Anteilseigener II mbH, Düsseldorf	32,86	25	0

* Eigenkapital und Jahresergebnis entsprechen dem Stand gemäß letztem festgestellten Jahresabschluss, bei Parkhaus Keldersplatz GbR und Parkhausgesellschaft Keldersplatz mbH per 31.12.2013, bei RW Gesellschaft öff.-rechtlicher Anteilseigner II mbH gemäß Gesellschaftsvertrag vom 26.11.2013

Bei der Parkhaus Keldersplatz GbR, Solingen, sind wir unbeschränkt haftender Gesellschafter.

Aktiva 9 - Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

Aktiva 12 - SachanlagenEuro

In diesem Posten sind enthalten:

- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten

7.406.214,50

Aktiva 13 - Sonstige Vermögensgegenstände

In diesem Posten sind enthalten:

- Anteilsbesitz an der Stadtwerke Solingen GmbH ohne Dauerhalteabsicht

12.565.130,00

Die Übernahme des Anteilsbesitzes an der Stadtwerke Solingen GmbH erfolgte zum 30.09.2012. Da wir nur eine vorübergehende Haltedauer beabsichtigen, wird der Anteilsbesitz unter Sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesen.

Aktiva 14 - RechnungsabgrenzungspostenEuroEuro i. Vj.

In diesem Posten sind enthalten:

- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten

276.062,18

460.935,41

Aktive latente Steuern

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes von 15 % zzgl. hierauf 5,5 % Solidaritätszuschlag und einem Gewerbesteuersatz von 16,625 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet.

Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern haben wir nicht angesetzt. Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen und Schulden: Forderungen an Kunden, Wertpapiere, Beteiligungen, Sachanlagen, Rückstellungen.

Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen und die Erwartung voraussichtlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne halten wir die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben.

Währungsumrechnung

Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 9.466.031,37 Euro.

Entwicklung des Anlagevermögens

in Euro	Anschaffungs- kosten	Veränderungen während des Berichtsjahrs			Abschrei- bungen insgesamt	Bilanzwert zum 31.12.2014	Bilanzwert zum 31.12.2013	Abschrei- bungen des Geschäftsjahrs	Abschrei- bungen des Vorjahrs
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen					
Grundstücke und Gebäude	70.624.977,46	416.908,42	315.212,12	0,00	56.449.850,16	14.989.360,45	898.833,59	832.859,75	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	25.605.625,60	1.043.916,59	1.501.795,92	0,00	22.121.739,31	2.806.010,65	749.366,28	758.877,27	
Immaterielle Anlagewerte	1.812.138,94	33.865,02	6.586,72	0,00	1.755.563,24	128.875,20	78.886,02	81.165,21	
		Veränderungen zusammengefasst							
Schuldv. u. andere festv. Wertpapiere	0,00			0,00	0,00	0,00			
Aktien u. andere nicht festv. Wertpapiere	67.669.271,06			1.068.025,65	68.737.296,71	67.669.271,06			
Beteiligungen	44.886.310,32			- 11.580.858,23	33.305.452,09	35.382.958,11			
Anteile an Wohnungs- baugenossenschaften	92.550,00			- 12.000,00	80.550,00	80.550,00			
Sonstige Vermögens- gegenstände	101.019,73			+ 0,00	101.019,73	101.019,73			

	<u>Euro</u>	<u>Euro i. Vj.</u>
Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	2.179.564,20	
Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	2.618.638,97	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	20.894.775,89	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	83.430.720,63	
- mehr als fünf Jahre	96.362.204,37	
 Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	161.324,89	5.210.007,64
Der Unterposten ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	3.633.904,72	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	26.669.593,26	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.818.074,53	
- mehr als fünf Jahre	317.169,66	
Der Unterposten bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	47.880.698,62	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	42.720.890,15	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	50.374.012,13	
- mehr als fünf Jahre	23.513.690,64	
 Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten		
Im Unterposten a) sind bis zum 31.12.2015 fällige Beträge enthalten:	2.660.209,99	
 Passiva 4 - Treuhandverbindlichkeiten		
Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.		
 Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten		
In diesem Posten ist enthalten der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von	2.052.671,95	2.474.678,75

Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich

Eventualverbindlichkeiten

Bei unseren Kreditgewährungen werden in diesem Posten für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden.

Andere Verpflichtungen

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen.

Währungsumrechnung

Unter den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 2.804.073,66 Euro.

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für die folgenden in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

Sicherungsabtretung von Kreditforderungen an die NRW.Bank für Weiterleitungsmittel
in Höhe von 139.283.568,73 Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten folgenden wesentlichen Einzelposten:
Erstattung von Bearbeitungsgebühren im Darlehensbereich einschließlich der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Fälle in Höhe von 716.945,65 Euro.

Sonstige Angaben

Kapitalrendite

Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme zum 31.12.2014 beträgt 0,187 %.

Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten

Die Sparkasse hat im Rahmen der Steuerung bzw. Sicherung von Zinsänderungsrisiken Deckungsgeschäfte in Form von Swapgeschäften abgeschlossen.

Zum Bilanzstichtag gliedern sich die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumente, bei denen es sich ausschließlich um OTC-Produkte handelt, wie folgt:

	Nominalbeträge in Mio. Euro				Beizulegende Zeitwerte ¹⁾ in Mio. Euro	Buchwerte in Mio. Euro
	nach Restlaufzeiten			Insge- samt		Rückstellung (P7)
bis 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre				
Zinsbezogene Geschäfte						
Zinsswaps	44,5	109,5	40,0	194,0	-6,5	
davon: Deckungsgeschäfte	44,5	109,5	40,0	194,0	-6,5	
Zinsswaps	0,0	30,0	0,0	30,0	0,0	
davon: Deckungsgeschäfte	0,0	30,0	0,0	30,0	0,0	

¹⁾ Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte werden mit Minus angegeben.

Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Abgrenzungen und Kosten (clean-price).

Die im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen und somit nicht einzeln bewertet. Für die Swapgeschäfte wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 31.12.2014 Verwendung.

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente handelt es sich um deutsche Kreditinstitute.

Bewertungseinheiten

Im Risikomanagement eingegangene Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen des § 254 HGB erfüllen, werden auch für bilanzielle Zwecke als Sicherungsbeziehung (Bewertungseinheit) behandelt.

Die bilanzielle Behandlung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB erfolgt nach den gesetzlichen Vorschriften und den Interpretationen des Rechnungslegungsstandards IDW RS HFA 35. Auf dieser Basis ermitteln wir für die zum Bilanzstichtag bestehende Bewertungseinheit die Wertänderung von Grund- und Sicherungsgeschäft. Wir differenzieren dabei nach Wertänderungen, die auf gesicherte Risiken und solche, die auf ungesicherte Risiken entfallen.

Die auf gesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden auf der Grundlage der sog. "Einfrierungsmethode" außerhalb der bilanziellen Wertansätze miteinander verrechnet. Sofern sich die Wertänderungen nicht vollständig ausgleichen, bilden wir für einen Aufwandsüberhang eine Rückstellung, ein positiver Überhang bleibt unberücksichtigt. Da im Wesentlichen alle wertbestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft identisch sind, unterstellen wir einen vollständigen Wertausgleich hinsichtlich der gesicherten Risiken (Critical Term Match Methode).

Die auf ungesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden unsaldiert nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der zugrunde liegenden Geschäfte behandelt.

Grundlage der gebildeten Bewertungseinheit ist eine Dokumentation u. a. unserer Sicherungsabsicht und Sicherungsziele sowie die Darlegung, dass die Sicherungsgeschäfte objektiv geeignet sind, den angestrebten Sicherungserfolg zu gewährleisten. Zur prospektiven Beurteilung der Wirksamkeit einer Sicherungsbeziehung wenden wir folgendes Verfahren an: Simulation anhand des Tools "Rendite und Derivate" der Moosmüller und Knauf AG.

Bei der Bildung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB wurde folgender Posten einbezogen:

Vermögensgegenstand	einbezogener Betrag in Euro	Art der Bewertungseinheit	gesichertes Risiko
Schuldverschreibung	9.500.000,00	Micro-hedge	Zinsänderungsrisiko

Mit der Bewertungseinheit wurden Zinsänderungsrisiken mit einem Gesamtbetrag von 9,5 Mio. Euro abgesichert.

In der nachfolgenden Aufstellung ist dargestellt, warum und in welchem Umfang sich die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme künftig voraussichtlich ausgleichen.

Risiko		Grundgeschäft		Sicherungsinstrument		Art der	Prospektive
	Art	Art	Betrag Mio. Euro	Risiko	Betrag Mio. Euro	Bewertungseinheit	Effektivität
Zins	Zinsänderungsrisiko	Schuldverschreibung	9,5	Zinsswap	9,5	Micro-hedge	Critical Term Match

Der Zeitraum, in dem sich die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme künftig voraussichtlich ausgleichen, beginnt mit der Bildung der Bewertungseinheit und endet mit der Fälligkeit des Grundgeschäfts bzw. des Sicherungsgeschäfts.

Aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf - RSGV mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt ("Erste Abwicklungsanstalt") gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seinem Anteil (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen.

Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. Euro als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Gesamtverpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2014 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihrem Anteil am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus dem Gewinn des jeweiligen Geschäftsjahrs eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Die Höhe der Vorsorge orientiert sich an unserer Beteiligungsquote am RSGV zum Zeitpunkt der Übernahme der indirekten Verpflichtung im Jahr 2009 (1,6074 %). Zum 31.12.2014 beträgt unsere Beteiligungsquote 1,3912 %. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 7,3 Mio. Euro durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2014 1,2 Mio. Euro.

Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Leistungszusage der Zusatzversorgungskasse

Die Stadt-Sparkasse Solingen ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrags vom 1.3.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2014 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2015 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolgedessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein so genanntes - pauschales - Sanierungsgeld in Höhe 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgelds werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von zehn Jahren (plus ein Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle fünf Jahre) überprüft.

Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und verstetigter Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden z. Z. nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2013 der RZVK wurden die Rentenleistungen in diesem Jahr zu etwa 25 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli eines Jahrs um 1 % ihres Betrags erhöht.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 26,0 Mio. Euro im Jahr 2014 2,0 Mio. Euro.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2014 für Zwecke der Angaben im Anhang nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB mit einem Betrag von 51,5 Mio. Euro ermittelt.

Im Hinblick darauf, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, bleibt es für Zwecke dieser Ermittlung unberücksichtigt. Der Vermögensdeckungsgrad betrug nach Angaben im Geschäftsbericht 2013 der RZVK etwa 30 % (bei Ermittlung der Deckungsrückstellung nach den sich aus der Anlage 4 zum ATV-K ergebenden Vorgaben). Der Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1% ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2014 verwendet.

Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

a) für die Abschlussprüfungsleistungen	210 Tsd. Euro
b) für andere Bestätigungsleistungen	41 Tsd. Euro
c) für sonstige Leistungen	0 Tsd. Euro
	<hr/>
Gesamthonorar	251 Tsd. Euro
	<hr/> <hr/>

Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	364
Teilzeit- und Ultimokräfte	184
	<hr/>
	548
Auszubildende	35
Insgesamt	583
	<hr/> <hr/>

Verwaltungsrat
(bis 14.09.2014)

Mitglieder:

Oberbürgermeister
Norbert Feith
vorsitzendes Mitglied

Ulrich Uibel
Oberbürgermeister a.D.
selbst. Geschäftsführer einer Immobilien-
verwaltung
1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Heinz Bender
Rentner
2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Franz Haug
Oberbürgermeister i.R.
Bernd Krebs
Rentner
Kai Sturmfels
Rechtsanwalt in einer Anwaltssozietät
Dr. Kay Zerlin
Oberregierungsrat im Ministerium für
Innovation, Wissenschaft und Forschung
Julia Freiwald
Rentnerin

Heinz-Eugen Bertenburg
Pensionär
Birgül Ünlü
selbst. Gastronomin

Vertreter der Dienstkräfte:

Sandra Klingelhöller
Kristian Winkelhoch
Lothar Krause
Manuel Drewes
René Tzschabran

Stellvertreter:

Iris Preuß-Buchholz

MdL

Martin Bender
Personalreferent in einem
kommunalen Versorgungsunternehmen

Rolf Jacobi
Rentner
Frank Schütz
selbst. Immobilienkaufmann
Rainer Bohm
Rechtsanwalt in einer Anwaltssozietät
Heinz Schreiber
Rentner

Ursula Linda Zarniko
Referentin im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
Jürgen-Hugo Hans
Pensionär

Bettina Schilske
Peter Frank
Carsten Buder
Stefan Bensberg
Frank Dehl

Verwaltungsrat
(ab 15.09.2014)

Mitglieder:

Oberbürgermeister
Norbert Feith
vorsitzendes Mitglied

Ulrich Uibel
Oberbürgermeister a.D.
selbst. Geschäftsführer einer Immobilien-
verwaltung
1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Reiner Daams
Referatsleiter im Ministerium für Bauen und
Verkehr
2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Franz Haug
Oberbürgermeister i.R.
Bernd Krebs
Rentner
Kai Sturmfels
Rechtsanwalt in einer Anwaltssozietät
Tim Kurzbach
Geschäftsführer Wohlfahrtsverband
Dr. Kay Zerlin
Oberregierungsrat im Ministerium für
Innovation, Wissenschaft und Forschung
Erik Pieck
Industriemeister Druck
Heinz Bender
Rentner

Stellvertreter:

Iris Preuß-Buchholz

MdL

Ursula Linda Zarniko
Referentin im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Jan Welzel
Geschäftsführer Wohlfahrtsverband
Frank Schütz
selbst. Immobilienkaufmann
Torsten Küster
Oberstudienrat im Schuldienst
Achim Fritsche
Lehrer im Schuldienst
Heinz Schreiber
Rentner

Thomas Holtey
freigestellter Betriebsrat Bayer AG/BMS AG
Martin Bender
Personalreferent in einem
kommunalen Versorgungsunternehmen

Vertreter der Dienstkräfte:

Sandra Klingelhöller
Fabian Blasberg
René Tzschabran
Kristian Winkelhoch
Sascha Ramm

Bettina Schilske
Lothar Krause
Tomas Zafirov
Carsten Buder
Christian Märkel

Vorstand

Stefan Grunwald, vorsitzendes Mitglied

Manfred Kartenberg, Mitglied

Zusätzlich sind mit Herrn Reinhold Atts und Herrn Herrmann Nett zwei Verhinderungsvertreter bestellt.

Berichterstattung über die Bezüge und andere Leistungen der Mitglieder des Vorstands sowie die Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstands ist der vom Verwaltungsrat gebildete Hauptausschuss zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehalts gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den Verwaltungsrat auf Grundlage des Jahresergebnisses nach Bewertungsmaßnahmen festgelegt. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Vorstand	2014			
	Grundbetrag und allgemeine Zulage Tsd. Euro	Leistungszulage (erfolgsabhängig) Tsd. Euro	sonstige Vergütung Tsd. Euro	Gesamtvergütung Tsd. Euro
Stefan Grunwald vorsitzendes Mitglied	348	44	15	407
Manfred Kartenberg Mitglied	325	41	8	374
Summe	673	85	23	781

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen. Diese werden gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 EStG ermittelt.

Im Falle der Nichtverlängerung des Dienstvertrags hat Herr Grunwald Anspruch auf Zahlung eines Ruhegelds bis zum Eintritt des Versorgungsfalls, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihm zu vertreten ist. Der Anspruch beträgt bis zum 31.12.2017 45 %. Der Anspruch steigt im Falle einer Wiederbestellung regelmäßig um 5 %-Punkte auf max. 55 % an. Bei Herrn Kartenberg tritt mit Beendigung seines Dienstverhältnisses der Versorgungsfall ein.

Hinsichtlich des Ruhegelds und der Versorgungsbezüge besteht eine Regelung für Hinterbliebenenbezüge.

Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands:

Vorstand	im Jahr 2014 der Pensionsrückstellung zugeführt Tsd. Euro	Barwert der Pensionsansprüche 31.12.2014 Tsd. Euro
Stefan Grunwald vorsitzendes Mitglied	120	221
Manfred Kartenberg Mitglied	266	2.208
Summe	386	2.429

Die Altersversorgung beträgt maximal 55 % der festen Bezüge der Vorstandsmitglieder zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand. Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Erreichung des Rentenalters wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet.

Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats (einschließlich stellvertretende Mitglieder) wurde für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium der Sparkasse einschließlich seiner Ausschüsse (Hauptausschuss/Bilanzprüfungsausschuss und Risikoausschuss) ein Sitzungsgeld von 281,21 Euro je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. Außerdem erhalten die ordentlichen Mitglieder des Verwaltungsrats für die Tätigkeit im Verwaltungsrat bzw. Risikoausschuss einen jährlichen Pauschalbetrag von 1.533,88 Euro; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2014 folgende Bezüge:

Heinz Bender	5.215,18 Euro
Heinz-Eugen Bertenburg	1.994,04 Euro
Reiner Daams	2.709,84 Euro
Norbert Feith	10.788,26 Euro
Julia Freiwald	1.994,04 Euro
Franz Haug	10.160,92 Euro
Bernd Krebs	4.064,77 Euro
Tim Kurzbach	1.636,13 Euro
Torsten Küster	281,21 Euro
Erik Pieck	1.946,99 Euro
Kai Sturmfels	2.939,93 Euro
Ulrich Uibel	3.783,56 Euro
Birgül Ünlü	2.372,91 Euro
Dr. Kay Zerlin	6.442,28 Euro
Fabian Blasberg	2.709,84 Euro
Manuel Drewes	1.994,04 Euro
Sandra Klingelhöller	4.345,98 Euro
Lothar Krause	2.863,24 Euro
Sascha Ramm	1.636,13 Euro
René Tzschabran	3.502,35 Euro
Kristian Winkelhoch	3.502,35 Euro
Summe	76.883,99 Euro

Den Mitgliedern des Vorstands wurden Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse und Kreditzusagen) in Höhe von 86,6 Tsd. Euro gewährt.

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats (einschließlich stellvertretende Mitglieder) wurden im Geschäftsjahr Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse und Kreditzusagen) in Höhe von insgesamt 5.029,7 Tsd. Euro ausgereicht.

Für die früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge von 727,4 Tsd. Euro gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 9.051,4 Tsd. Euro.

Das Vorstandsmitglied Manfred Kartenberg ist Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Solingen GmbH.

Die nicht aus dem Jahresabschluss ersichtlichen offenzulegenden Angaben gemäß der Verordnung (EU) 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen sind auf der Internetseite der Sparkasse (www.sparkasse-solingen.de) unter der Rubrik "Ihre Sparkasse/Ihre Sparkasse vor Ort" veröffentlicht.

Solingen, 04. März 2015

Vorstand

Grunwald

Kartenberg

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadt-Sparkasse Solingen für das Geschäftsjahr vom 01.01.2014 bis 31.12.2014 geprüft.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, 15. Mai 2015

Prüfungsstelle des
Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Theemann
Wirtschaftsprüfer

Döring
Verbandsprüfer

